

Ursachen der Wachstumsunterschiede zwischen Österreich und Deutschland seit Anfang der Neunzigerjahre

In dieser Studie werden die Ursachen des Wachstumsvorsprungs untersucht, den Österreich seit Anfang der Neunzigerjahre gegenüber Deutschland aufweist. Während das Wachstum in Deutschland durch die Wiedervereinigung gebremst wurde, kam es in Österreich in den Neunzigerjahren zu einer Reihe einmaliger positiver Schocks. Die österreichische Wirtschaft konnte die Ostöffnung optimal nutzen und erlebte mit dem EU-Beitritt einen Produktivitätsschub. Weiters waren die Arbeitnehmer in Österreich aufgrund der von kleinen und mittleren Firmen dominierten Unternehmensstruktur in weitaus geringerem Ausmaß von Produktionsverlagerungen ins Ausland betroffen als die deutschen Arbeitnehmer. Darüber hinaus kam es in Deutschland zu einem deutlichen Rückgang des geleisteten Beschäftigungsvolumens mit negativen Folgen für Konsum und Investitionen. Unterschiede in der Fiskalpolitik spielten in den Neunzigerjahren keine Rolle bei der Entstehung der Wachstumsunterschiede, ab 2002 war jedoch die Fiskalpolitik in Österreich im Gegensatz zu Deutschland expansiv ausgerichtet. Unterschiede im Lohnbildungsprozess und im Steuerwettbewerb können – wenn überhaupt – nur in geringem Maß zur Erklärung der Wachstumsunterschiede herangezogen werden. Der derzeitige Wachstumsvorsprung Österreichs basiert daher im Wesentlichen auf asymmetrisch wirkenden einmaligen Schocks, die sich zwar auf das Niveau, nicht aber auf die langfristige Wachstumsrate auswirken. Mit dem Auslaufen dieser Effekte ist daher in Zukunft eine Abschwächung der Wachstumsunterschiede zu erwarten.

Christian Ragacs,
Martin Schneider¹

1 Einleitung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich ist seit Jahren günstiger als jene in Deutschland – Österreich hat den großen Nachbarn mittlerweile bei einer Vielzahl von relevanten Wirtschaftsindikatoren überholt. Das Wirtschaftswachstum ist in den letzten eineinhalb Jahrzehnten spürbar stärker als in Deutschland ausgefallen, wodurch der materielle Lebensstandard in Österreich mittlerweile sogar schon über dem westdeutschen Niveau liegt. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich niedriger und die Lage der öffentlichen Finanzen ist weniger angespannt.

Angesichts dieser Unterschiede wurden einige Vergleichsstudien verfasst, die die Ursachen für die ungleiche Performance aus deutscher Sicht herausarbeiten. Wahl (2004) kon-

zentriert sich neben der allgemeinen Wachstumsperformance auf einen Vergleich der Arbeitsmarktstrukturen. Sie betont vor allem das allzu optimistische Bild, das sich anhand der offiziellen österreichischen Arbeitsmarktdaten ergibt. Die Beschäftigungszahlen sind aufgrund von Sonderfaktoren (z. B. die hohe Anzahl von Frühpensionierungen, die Zählung von Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen, Schulungsteilnehmern sowie Doppelzählungen und die Rolle der staatlich subventionierten Landwirtschaft) überzeichnet. Tatsächlich ist die Arbeitslosenquote höher. In einer Untersuchung der Bestimmungsgründe für Beschäftigungsunterschiede zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz streichen Wahl und Schulte (2005) die Rolle der beschäftigungsfreundliche-

¹ Die Autoren danken Gerhard Fenz, Hermann-Josef Hansen, Jürgen Janger, Walpurga Köhler-Töglhofer, Irene Popenberger, Alfred Stiglbauer, Klaus Vondra sowie den Teilnehmern des WU-VW-Forschungsseminars in Kindberg im Mai 2007 für wertvolle Anregungen und Diskussionen.

Wissenschaftliche
Begutachtung:
Hermann-Josef Hansen,
Deutsche Bundesbank.

ren Rahmenbedingungen in Österreich und der Schweiz heraus. In ihren Schlussfolgerungen für den deutschen Arbeitsmarkt betonen sie die Wichtigkeit einer Kombination sorgfältig abgestimmter Einzelmaßnahmen. Eine Studie des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung (Büttner et al., 2006) vergleicht den institutionellen Rahmen der Finanz-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Standortpolitik in den beiden Ländern und ortet in allen untersuchten Bereichen dringenden Reformbedarf für Deutschland. Grohmann (2006) verweist auf Unterschiede in der Mentalität und Gesellschaftsstruktur als Ursache für das erfolgreiche Wirtschaften der Österreicher. In einem rezenten und umfassenden Vergleich aus österreichischer Perspektive nennt Breuss (2006b) folgende Hauptgründe für das höhere österreichische Wachstum: die Lasten der deutschen Einheit, ein besseres Ausnutzen der Chancen der europäischen Integration durch Österreich, die asymmetrische Architektur der Makropolitik der WWU und die stärkere Betroffenheit Deutschlands durch die negativen Folgen der Globalisierung.

Die vorliegende Studie setzt bei der Frage nach der Erklärung der Wachstumsunterschiede eigene Schwerpunkte. Neben einer umfassenden Diskussion der gängigen Argumente, wie deutsche Wiedervereinigung, Erweiterung und Vertiefung der EU, deutsche Arbeitsmarktprobleme oder Globalisierung, wird insbesondere der Einfluss der Landes- und Unternehmensgröße analysiert („small is beautiful“) sowie die Rolle der Löhne für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die Binnennachfrage beleuchtet.

Die Studie ist wie folgt aufgebaut. Kapitel 2 bietet zunächst einen de-

skriptiven Überblick über die unterschiedliche Wachstumsperformance der beiden Länder sowie eine nachfrage- und angebotsseitige Analyse der Wachstumsbeiträge. Im Weiteren werden die Argumente grob zwei Kategorien zugeteilt – einmalige historische Ereignisse (Kapitel 3 und 4) sowie ausgewählte Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur und -politik der beiden Ökonomien (Kapitel 5 bis 9). In Kapitel 3 werden die Effekte folgender Faktoren für Österreich diskutiert: Ostöffnung, Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes, EU-Beitritt, Beitritt zur WWU und EU-Erweiterung. Kapitel 4 untersucht die Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung. In Kapitel 5 wird der Einfluss von Landes- und Betriebsgröße auf das Wirtschaftswachstum auf Firmen- und Makroebene beleuchtet. Kapitel 6 befasst sich mit dem möglichen Einfluss der Fiskalpolitik auf das Entstehen von Wachstumsunterschieden. In Kapitel 7 werden die institutionellen Aspekte der Arbeitsmärkte verglichen, während in Kapitel 8 das Lohnniveau und die internationale Wettbewerbsfähigkeit diskutiert werden. In Kapitel 9 werden Unterschiede in der Unternehmensbesteuerung erörtert. Kapitel 10 fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen.

2 Makroökonomische Performance

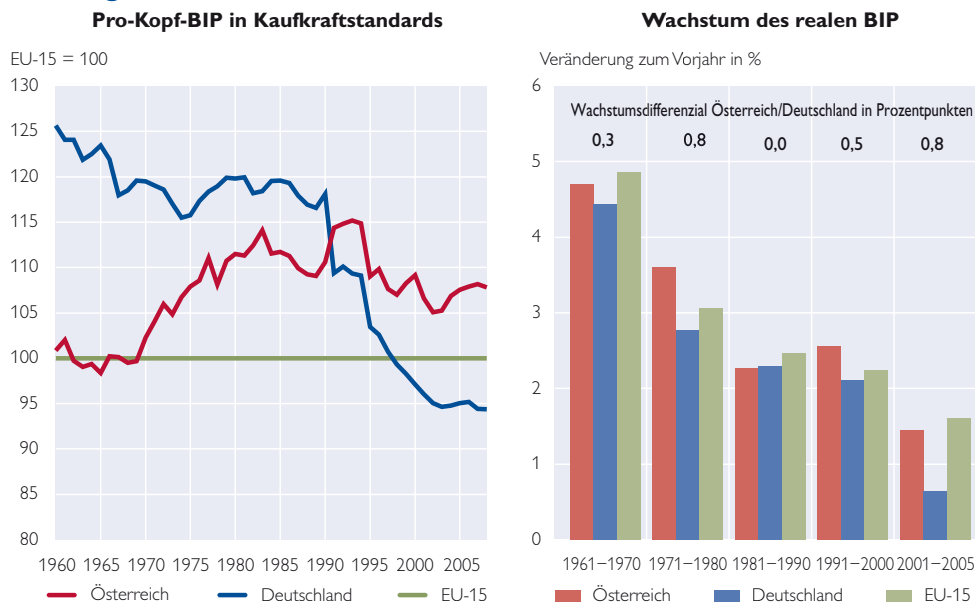
2.1 Wohlstandsniveau bereits höher als in Deutschland

Österreich lag hinsichtlich der Wirtschaftskraft lange Zeit deutlich hinter Deutschland. Nach dem Krieg gehörte Österreich zu den Schlusslichtern in Europa. Während der Wirtschaftswunderjahre bis Ende der Sechzigerjahre kam es in beiden Ländern zu einer Phase starken Wachs-

Grafik 1

Wohlstand und Wirtschaftswachstum in Österreich und Deutschland

im Vergleich zu EU-15



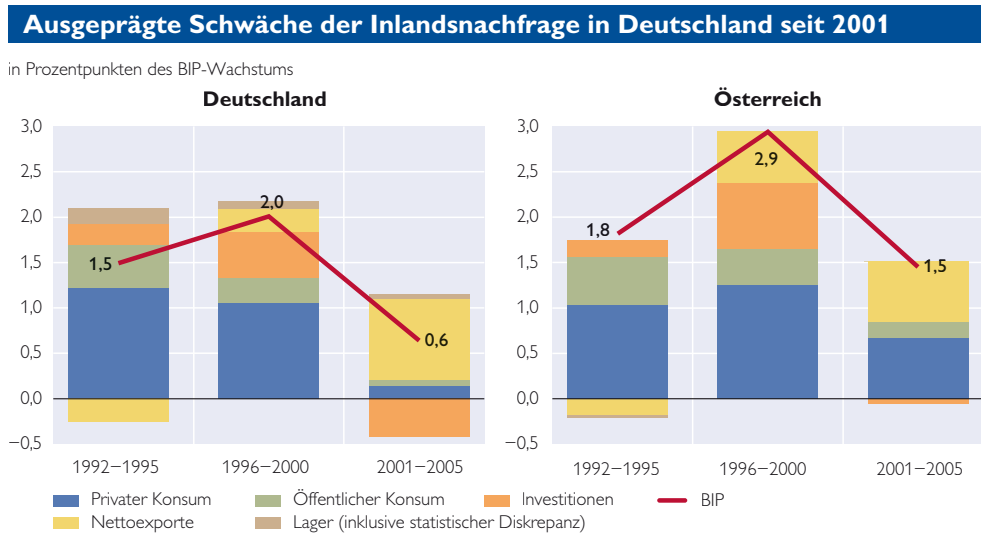
Quelle: Europäische Kommission (AMECO-Datenbank).

tums. In den (vom Ende der Bretton-Woods-Ära und dem ersten Erdölpreisschock geprägten) Siebzigerjahren konnte Österreich – nicht zuletzt aufgrund seiner von antizyklischer Fiskalpolitik und Hartwährungspolitik gekennzeichneten Wirtschaftspolitik – ein dynamischeres Wachstum als Deutschland verzeichnen.

In den Achtzigerjahren wuchsen die österreichische und die deutsche Wirtschaft in etwa gleich stark. Österreich hatte in diesen Jahren aufgrund von Budgetkonsolidierungen und der Krise der verstaatlichten Industrie zwei durch inländische Faktoren hervorgerufene Krisen zu bewältigen. In Deutschland erfolgte mit dem Übergang zur Geldmengensteuerung Anfang der Achtzigerjahre ein Paradigmenwechsel in der Geldpolitik. Die Wiedervereinigung im Jahr 1990 führte zu einem kurzfristigen Wachstumsschub in Deutschland, der sich

auch auf Österreich übertrug. In den Neunzigerjahren wurde das Wirtschaftswachstum jedoch neben hausgemachten Problemen auch von mehreren externen Schocks gedämpft (EWS-Krise 1993, Mexiko-Krise 1995, Asien-Krise 1998). Die von den USA ausgehende globale Rezession des Jahres 2001 löste in Europa eine Phase der Wachstumsschwäche aus, von der Deutschland besonders stark betroffen war.

Aufgrund der unterschiedlichen Wachstumsperformance seit den Neunzigerjahren verzeichnet Österreich heute ein höheres Wohlstandsniveau (gemessen in BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards) als Deutschland. Dazu trug sicherlich der durch die Wiedervereinigung bedingte Einbruch im deutschen Pro-Kopf-BIP maßgeblich bei. Allerdings überholte Österreich 2004 punkto Wohlstand auch Westdeutschland (Kapitel 4).



2.2 Nachfrageseite: Ausgeprägte Konsum- und Investitionsschwäche in Deutschland

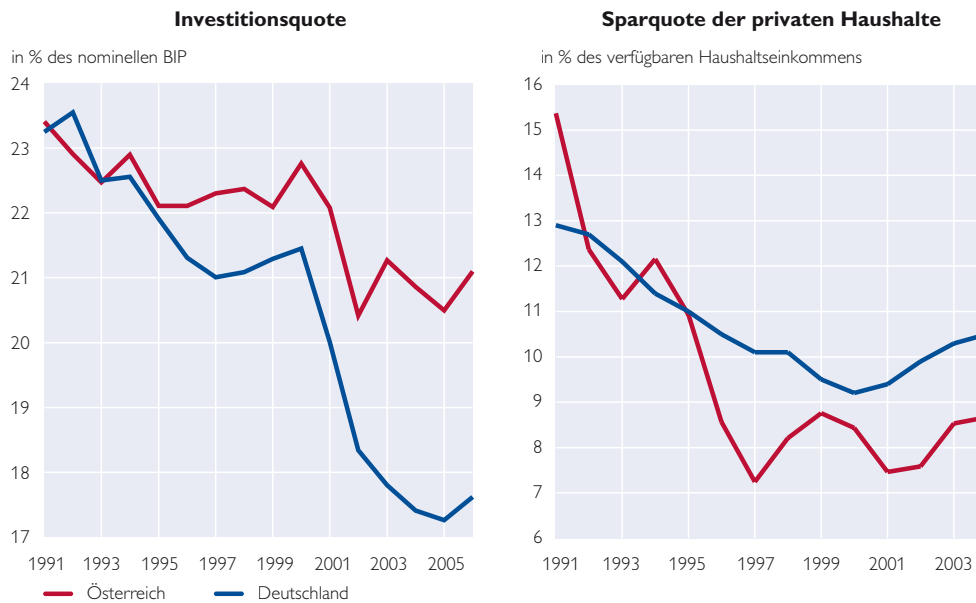
Im Zuge der Wiedervereinigung kam es in den Jahren 1991 und 1992 zu einem raschen Anstieg der ostdeutschen Löhne. Dadurch wurde die Konjunktur im Wiedervereinigungsboom neben dem Bausektor durch den privaten Konsum gestützt. Ab Mitte der Neunzigerjahre kam es jedoch angesichts der hohen und steigenden Arbeitslosigkeit zu einem Regimewechsel in der gesamtdeutschen Lohnpolitik. Ziel war nun die Wiederherstellung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Zwischen 1995 und 2005 gingen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten (relativ zum Rest der EU-14 ohne Luxemburg) um 16% zurück (AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission). Bedingt durch die hohen budgetären Kosten der Wiedervereinigung kam es zu einem starken Rückgang der verfügbaren öffentlichen Ausgaben, und hier in erster Linie der öffentlichen Investitionen.

Anhand der Wachstumsbeiträge der Nachfragekomponenten zum

Wachstum des realen BIP (Grafik 2) lässt sich die deutsche Wachstumschwäche seit 2001 genauer aufschlüsseln. Während von den Nettoexporten ein positiver Wachstumsbeitrag ausgeht, dämpft die Inlandsnachfrage das Wachstum. Sowohl der private als auch der öffentliche Konsum stagnieren. Für die Schwäche des privaten Konsums seit 2001 können eine Reihe von Gründen angeführt werden. Das durch Beschäftigungsabbau und einen starken Anstieg der Teilzeitbeschäftigung rückläufige Beschäftigungsvolumen hat das verfügbare Haushaltseinkommen gedämpft. Die bereits durchgeführten Pensions- und Arbeitsmarktreformen sowie die Unsicherheiten über noch bevorstehende Einschnitte haben zu einem – allerdings nur schwachen – Anstieg des Vorsichtssparens geführt (Grafik 3). Das BIP-Wachstum hat sich im Jahr 2001 trotz der Steuerreform des Jahres 2000 deutlich abgeschwächt. Weiters dürfte der Konsum in Deutschland durch den im Gegensatz zu den meisten EU-Staaten stagnierenden Immobilienmarkt gedämpft worden sein.

Grafik 3

Niedrigere Investitions- und höhere Sparquote in Deutschland



Quelle: AMECO-Datenbank (Investitionsquoten), Statistik Austria, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Sparquoten).

In Österreich verlangsamte sich ab dem Jahr 2001 das Wachstum des privaten Konsums zwar ebenfalls, jedoch wesentlich weniger stark. Die österreichischen Konsumenten waren auch von massiven Einschnitten im Pensionssystem betroffen, ihre diesbezügliche Verunsicherung war aber geringer als in Deutschland. Dies lässt sich an dem von der Europäischen Kommission erhobenen Indikator des Verbrauchervertrauens ablesen, der in Österreich in den Jahren 2002 bis 2005 bei seinem langfristigen Durchschnittswert zu liegen kam, während er in Deutschland deutlich darunter lag.

Die Investitionsquote schwankte in Deutschland seit den Siebzigerjahren zyklisch um ein relativ konstantes Niveau, nahm aber seit 2001 stark ab. Der konjunkturbedingte Rückgang der Investitionsquote war in Österreich im Vergleich deutlich geringer (Grafik 3).

Der Schrumpfungsprozess des in den Jahren nach der Wiedervereini-

gung aufgeblähten deutschen Bausektors dürfte im Jahr 2006 allerdings zum Stillstand gekommen sein. In Österreich trugen die Investitionen in den ersten Jahren der aktuellen Dekade zwar ebenfalls nichts zum Wachstum bei, der Rückgang war allerdings weniger ausgeprägt. Dies dürfte zum Teil auf die im Rahmen der Konjunkturpakete I & II beschlossenen Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand zurückzuführen sein.

2.3 Angebotsseite: Wachstum in Österreich stärker von der Menge an Produktionsfaktoren getragen als in Deutschland

Die vorliegende Untersuchung der angebotsseitigen Bestimmungsgründe des Wachstums stützt sich auf eine Wachstumszerlegung auf Basis von Daten aus der Total Economy Growth Accounting Database des Groningen Growth and Development Centre (GGDC, 2005). Dabei werden die Quellen des gesamtwirtschaftlichen

Wachstums anhand von Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital und andere Faktoren) sowie des technischen Fortschritts ermittelt.

Tabelle 1 zeigt deutliche Unterschiede in der Zusammensetzung des Wachstums der beiden Länder. Während die Wachstumsbeiträge der eingesetzten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in Österreich merklich größer sind als in Deutschland, wird das deutsche Wachstum sichtlich in höherem Maß von der Faktorproduktivität getragen.

Die Wachstumsbeiträge der Arbeit sind in Deutschland seit Anfang der Achtzigerjahre negativ. Dies ist sowohl auf die stark zunehmende Arbeitslosigkeit² als auch auf kontinuierliche Arbeitszeitreduktionen zurückzuführen. Im Zeitraum von 1980 bis 2004 sank in Deutschland die durchschnittliche Jahresarbeitszeit von 1.636 auf 1.446 Stunden (GGDC, 2005). In Österreich fiel dieser Rückgang im selben Zeitraum zwar noch etwas stärker aus (von 1.755 auf 1.498 Stunden), jedoch gelang es deutlich besser, die Beschäftigung auszuweiten, während sich die Beschäftigung in Deutschland seit Anfang der Acht-

zigerjahre sogar leicht rückläufig entwickelte (Kapitel 7). Die Betrachtung der Wachstumsbeiträge des Kapitals für Deutschland offenbart eine im Vergleich zu Österreich ausgeprägte Investitionsschwäche. Die Beiträge des Kapitals sind in Deutschland deutlich geringer als in Österreich und zudem über die Zeit rückläufig.

Die als Residuum berechnete gesamtwirtschaftliche Faktorproduktivität³ (GFP), die nach dieser Wachstumszerlegung für die langfristige Höhe der Wachstumsrate bestimmend ist, trug dementsprechend in Deutschland viel stärker zum Wachstum bei als in Österreich. In Deutschland waren mehr als drei Viertel des BIP-Wachstums auf die GFP zurückzuführen, während dieser Anteil in Österreich ein Drittel ausmachte.⁴

In Österreich nahm die GFP im zeitlichen Umfeld des EU-Beitritts stark zu.⁵ Zu dieser Intensivierung von Forschung und Entwicklung sowie der Durchführung von Struktur-reformen dürfte die stark fortschreitende Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft beigetragen haben. Mit dem internationalen Konjunkturunbruch im Jahr 2001 kam es

² In Westdeutschland stieg die Arbeitslosenquote von 1980 bis 2006 von 2,7% auf 9,1%. In Gesamtdeutschland betrug die Arbeitslosenquote im Jahr 2006 10,8%.

³ Die GFP kann als umfassende Maßzahl für den technischen Fortschritt (Innovationen, Aufbau von Know-how, verbesserte Produktionsbedingungen) verstanden werden. Durch ihre Konstruktion als Residuum erfasst die GFP jedoch nicht nur den technologischen Fortschritt, sondern durch Nachfrageänderungen hervorgerufene konjunkturelle Schwankungen sowie Messfehler. Die im Vergleich zum BIP-Wachstum deutlich geringere Volatilität der Wachstumsbeiträge von Arbeit und Kapital spiegelt die auf den Faktormärkten vorherrschenden Rigiditäten wider (Peneder et al., 2006).

⁴ Andere Studien für Österreich kommen zu qualitativ ähnlichen Ergebnissen, auch wenn es bedingt durch unterschiedliche Daten, Methoden sowie Zeiträume abweichende empirische Ergebnisse gibt. Gnan et al. (2004) kommen zu dem Schluss, dass das österreichische BIP-Wachstum im Zeitraum 1981 bis 2002 rund zur Hälfte von der GFP getragen wurde. Peneder et al. (2006) kommen in ihrer Wachstumszerlegung für den Zeitraum 1990 bis 2004 auf einen Anteil des technologischen Fortschritts von 36%. Unter Berücksichtigung von Qualitätseffekten aus dem zunehmenden Einsatz höherwertiger Produktionsfaktoren (wachsende Bedeutung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, vermehrter Einsatz höherqualifizierter Arbeit, rückläufige Nachfrage nach einfachen Rohstoffen) ermitteln sie einen Anteil von zwei Drittel des Wachstums, der durch technologischen Fortschritt im weitesten Sinn bedingt wird.

⁵ Diese Zunahme dürfte jedoch durch offensichtliche Datenprobleme betreffend den Faktor Arbeit (stark negative Wachstumsbeiträge in den Jahren 1995 und 1997) in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre etwas überzeichnet sein.

Tabelle 1

Wachstumsbeiträge zum BIP-Wachstum in Österreich und Deutschland

in Prozentpunkten

	Arbeit	davon		Kapital	Gesamtwirtschaftliche Faktorproduktivität (GFP)	BIP (real)
		Arbeitszeit	Beschäftigung			
Österreich						
1981 bis 1990	0,4	-0,3	0,7	1,3	0,5	2,2
1991 bis 2000	0,0	-0,6	0,6	1,2	1,2	2,4
2001 bis 2004	-0,1	-0,3	0,2	1,1	0,2	1,1
1981 bis 2004	0,1	-0,4	0,6	1,2	0,7	2,1
Deutschland						
1981 bis 1990	-0,3	-0,4	0,2	0,9	1,5	2,2
1991 bis 2000	-0,6	-0,4	-0,2	0,8	1,6	1,8
2001 bis 2004	-0,5	-0,2	-0,3	0,4	0,6	0,5
1981 bis 2004	-0,4	-0,4	-0,1	0,8	1,4	1,7

Quelle: GGDC, Total Economy Growth Accounting Database.

in beiden Ländern zu stark rückläufigen Beiträgen der GFP. Bedingt durch die Hortung von Arbeitskräften im Jahr 2001 war der Wachstumsbeitrag der GFP in Österreich sogar negativ. Die beiden Länder liegen mit diesem Rückgang zwar im Trend der EU-Staaten; in den USA und Kanada, aber auch in Finnland und Schweden, hat sich das GFP-Wachstum jedoch beschleunigt (GGDC).

Für die Entwicklung der GFP sind vor allem zwei Faktoren maßgeblich: die Akkumulation von Humankapital (Lucas, 1988) und durch Forschung und Entwicklung induzierter technischer Fortschritt (Romer, 1990; Grossman und Helpman, 1994). Die gängigen Indikatoren, wie beispielsweise Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung oder die Anzahl neuer Patente, liefern keine hinreichende Erklärung für die höhere GFP in Deutschland.⁶ Zwar

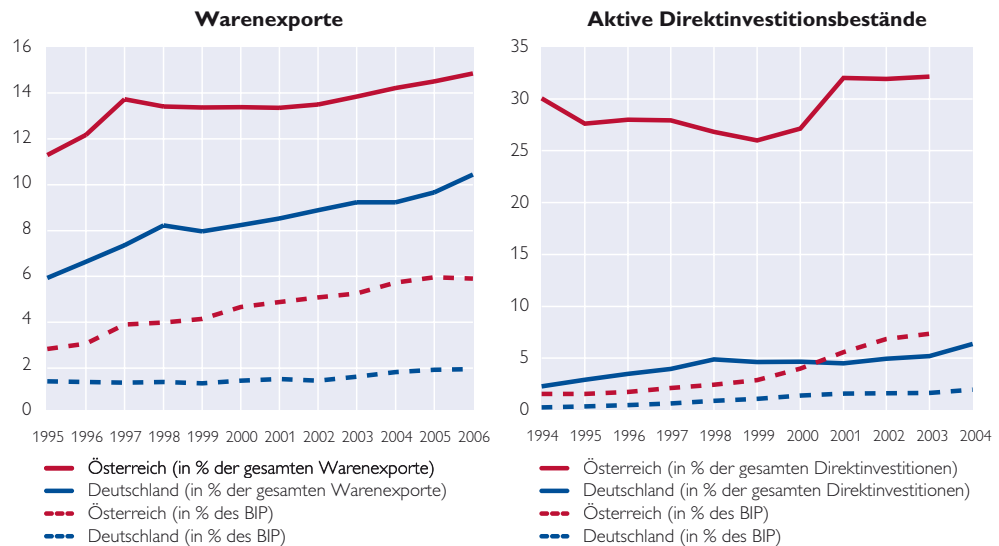
liegt Deutschland hier, gemessen an der Einwohnerzahl, vor Österreich, doch Letzteres hat seit dem EU-Beitritt – bedingt durch die Möglichkeit der Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen – deutlich aufgeholt (Breuss, 2006b).

3 Österreich profitierte massiv von den Integrationsschritten in den Neunzigerjahren

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kam es zu tief greifenden wirtschaftlichen Veränderungen, von denen auch die westeuropäischen Staaten betroffen waren. Österreich hatte aufgrund seiner günstigen geopolitischen Lage sowie seiner langjährigen Wirtschaftsbeziehungen mit den ehemaligen Ostblockländern beste Voraussetzungen, um von diesen Veränderungen im Lauf der Neunzigerjahre profitieren zu können.

⁶ Koman und Marin (1999) halten in einer empirischen Analyse fest, dass die Wachstumsdifferenziale zwischen Deutschland und Österreich nicht durch Humankapitalunterschiede erklärt werden können, und verweisen stattdessen auf Technologieunterschiede als Ursache für die unterschiedliche Wachstumsperformance.

Stärkere Verflechtungen Österreichs mit den neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-10)



Ein Blick auf die regionale Verteilung der Exportströme (Grafik 4) zeigt deutlich, dass Exporte in die neuen EU-Mitgliedstaaten für Österreich eine größere Rolle spielen als für Deutschland. Die starke Verflechtung Österreichs mit den zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern zeigt sich besonders stark bei den Direktinvestitionen. Zwar ist Deutschland in absoluten Größen der führende Investor in Osteuropa, bezogen auf das BIP spielen die Direktinvestitionen jedoch für Österreich eine weitaus größere Rolle.

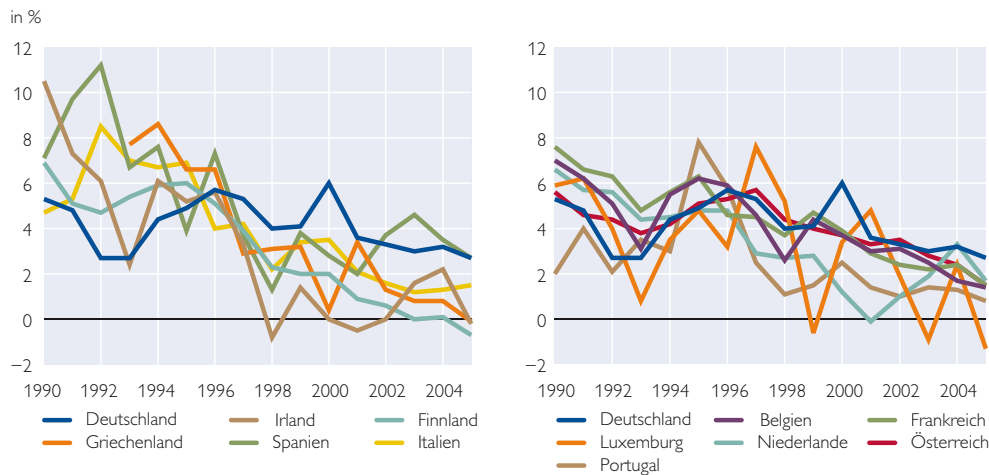
Auch der EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 brachte eine Reihe von weitreichenden Änderungen. So wurde das Land vollständig in den Binnenmarkt und die Zollunion eingebunden, und wichtige Politikbereiche gingen in die Zuständigkeit der europäischen Ebene über. Die Produktivität in Österreich stieg vor allem durch eine Zunahme des Wettbewerbsdrucks (zumindest in den zuvor geschützten Sektoren) sowie durch die Teilnahme an den EU-Forschungs-

rahmenprogrammen. Die Standortattraktivität Österreichs ist seit dem EU-Beitritt gestiegen. Diesen positiven Effekten stehen jedoch Beitragszahlungen gegenüber. Sowohl Deutschland als auch Österreich sind Nettzahler in den europäischen Haushalt, wobei die Nettobelastung für beide Länder abnehmend ist. Im Jahr 1995 machten die Nettobeiträge Deutschlands an die EU 0,58 % (Österreich: 0,44 %) des BIP aus; bis zum Jahr 2005 sanken sie auf 0,27 % (Österreich: 0,11 %). Die relative finanzielle Belastung Österreichs ist somit geringer. Deutschland trägt um rund 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte des BIP stärker zum EU-Haushalt bei. Dieser Unterschied ist bei annähernd gleichen Beiträgen (in % des BIP) auf höhere Rückflüsse nach Österreich im Bereich der Landwirtschaft zurückzuführen.

Nach Modellsimulation des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung – WIFO (Breuss, 2006a) kam es in Österreich durch die Öffnung in den Neunzigerjahren zu

Grafik 5

Währungsunion bringt Sinken und Konvergenz der Realzinsen im Euroraum



Quelle: Europäische Kommission (AMECO-Datenbank).

einem exportbedingten BIP-Zuwachs von insgesamt 3,5%. Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes, der EU-Beitritt und die Teilnahme an der WWU steigerten das Wachstum zusätzlich um rund 4,5%. Die Effekte der EU-Erweiterung werden laut Breuss (2006a) im Vergleich zu den Effekten der Ostöffnung eher gering ausfallen (rund 1%), da der Handel schon weitestgehend liberalisiert ist. In Summe ergibt sich in den Neunzigerjahren damit ein gesamter Effekt von rund 9% des BIP. Der Großteil davon wurde bereits in den Neunzigerjahren und – in geringerem Ausmaß – Anfang dieses Jahrzehnts realisiert, sodass in Zukunft mit keinen nennenswerten Wachstumseffekten mehr zu rechnen ist. Für Deutschland liegen keine direkt vergleichbaren Simulationen vor. Die relativ gesehen niedrigere Verflechtung deutet jedoch darauf hin, dass Deutschland von der Ostöffnung nicht im selben Maß wie Österreich profitierte. Als Gründungsmitglied des Europäischen Wirtschaftsraums konnte Deutschland in den Neunzigerjahren auch keine dem österreichischen EU-Bei-

tritt vergleichbaren produktivitätssteigernden Effekte verzeichnen.

Die WWU wird – vor allem innerhalb Deutschlands – immer wieder für die deutsche Wachstumschwäche mitverantwortlich gemacht (z. B. Bohley, 2004), was angesichts der starken emotionalen *Bindung an die D-Mark* und der Skepsis gegenüber dem Euro in der deutschen Bevölkerung nicht weiter verwunderlich ist. Häufig wird damit argumentiert, dass die heimische Wettbewerbsfähigkeit durch die *Konvergenz der Realzinsen* in anderen Ländern des Euroraums auf das niedrige deutsche Niveau gesunken ist. Vor allem Finnland, Italien und Griechenland profitierten stark von den sinkenden Realzinsen, doch darf nicht übersehen werden, dass die Realzinsen auch in Deutschland gesunken sind (Grafik 5). Es gilt daher, die relative und absolute Position in der Argumentation zu trennen. Deutschland profitierte in deutlich geringerem Ausmaß von den sinkenden Realzinsen als die meisten anderen Länder des Euroraums.

Unbestritten gehört jedoch Deutschland durch seine auf Erhaltung der

internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Politik der Lohnmoderation seit Mitte der Neunzigerjahre zu den Ländern des Euroraums mit der geringsten Inflationsrate – und damit den höchsten Realzinsen. Hier darf nicht außer Acht gelassen werden, dass eine niedrige Inflationsrate zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel führt. Das ebenfalls häufig angeführte Argument, Deutschland sei mit einem zu hohen Wechselkurs in die Währungsunion eingetreten, lässt sich laut Sachverständigenrat (2004) empirisch nicht belegen. Demnach entsprach der Eintrittswechselkurs Deutschlands in die WWU einem durch langfristige Faktoren determinierten gleichgewichtigen real-effektiven Wechselkurs. Da die Argumentation für Österreich angesichts der damaligen De-facto-Währungsunion mit Deutschland aber ebenso gilt, kann sie nicht zur Erklärung des Wachstumsunterschieds zu Österreich herangezogen werden.

4 Wiedervereinigung dämpfte deutsches Wachstum

Die deutsche Wiedervereinigung war ein außergewöhnliches politisches Ereignis von enormer Reichweite. Aus ökonomischer Sicht ging die Eingliederung Ostdeutschlands allerdings nicht reibungslos vonstatten. Im Vergleich zu den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks hatte Ostdeutschland zwar deutliche Startvorteile, wie massive finanzielle Trans-

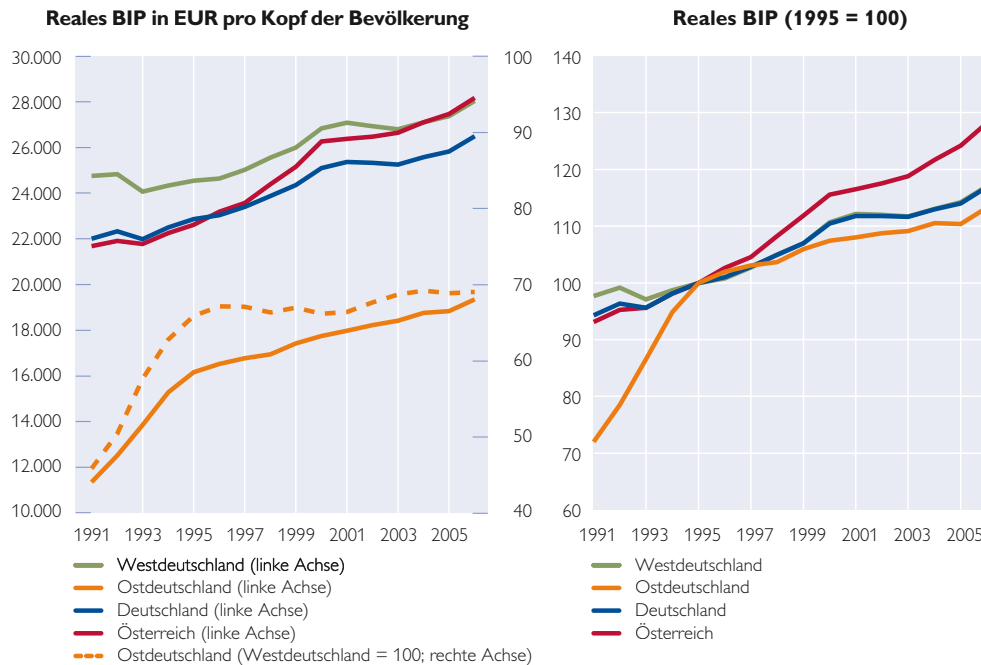
fers aus Westdeutschland oder die Übernahme der bewährten westdeutschen Institutionen, allerdings bildete eine der modernsten Volkswirtschaften der Welt infolge der Wiedervereinigung mit einer planwirtschaftlichen Ökonomie mit überaltertem Kapitalstock und niedriger Produktivität einen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Folglich hatte die ostdeutsche Sachgütererzeugung nun neben dem Wegbrechen der traditionellen Absatzmärkte unter starker binnenwirtschaftlicher Konkurrenz zu leiden. Die Anpassungsschwierigkeiten wurden durch die massive Überbewertung der Ostmark mit der 1:1-Umrechnung zur D-Mark sowie durch das in den ersten Jahren weit über dem Produktivitätswachstum liegende Lohnwachstum massiv verstärkt. Innerhalb des ersten Jahres nach der Wiedervereinigung ging die Industrieproduktion in Ostdeutschland um 50% zurück. Geleitet vom Wunsch einer raschen Angleichung der Lebensverhältnisse und begünstigt durch ein ordnungspolitisches Machtvakuum⁷ kam es zwischen 1990 und 1993 zu einem Anstieg der Lohnstückkosten um 150% (Horn et al., 2000; Sinn, 2000).

Nachdem das ostdeutsche BIP pro Kopf zwischen 1991 und 1995 von nur 46% des westdeutschen Niveaus auf 66% angestiegen war, kam der Aufholprozess Ostdeutschlands in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre zum Erliegen. In den folgenden zehn Jahren bis 2006 war nur mehr ein geringfügiger Anstieg auf 69% zu verzeichnen. Rechnet man den

⁷ Im Jahr 1991 wurde die langfristige Lohnentwicklung in Ostdeutschland in mehrjährigen Tarifverträgen festgelegt. Außer der – in den Verhandlungen jedoch passiven – Treuhandanstalt, die das industrielle Erbe aus DDR-Zeiten verwaltete, gab es keine ostdeutschen Unternehmensvertreter, die auf eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik gedrängt hätten. Die in den Verhandlungen anwesenden Unternehmensvertreter aus Westdeutschland und Gewerkschaftsvertreter hatten allesamt ein Interesse an hohen Lohnsteigerungen, teils um sich gegen die Konkurrenz aus Ostdeutschland zu wehren, teils um ihre Klientel zu bedienen.

Grafik 6

Aufholprozess kommt in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre zum Erliegen



Quelle: DESTATIS, Statistische Ämter der Länder, Statistik Austria.

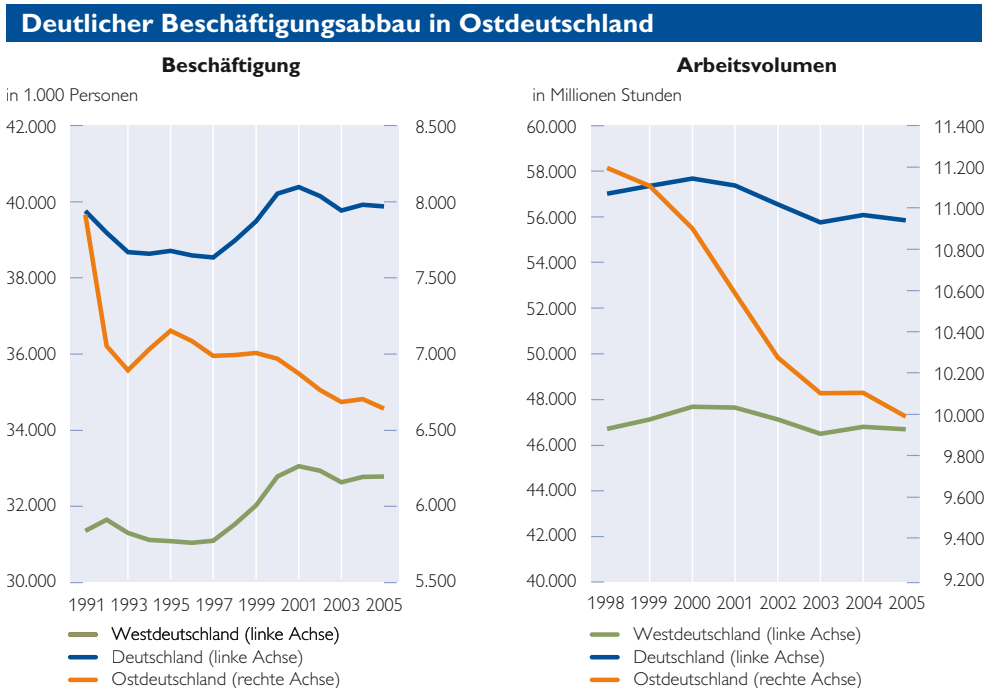
öffentlichen Sektor und den Bausektor heraus (da beide Sektoren stark von Westdeutschland subventioniert werden), so ergibt sich der „nachhaltige“ Teil der Wirtschaft. So berechnet, liegt das BIP pro Kopf in Ostdeutschland noch deutlicher unter dem Westniveau (Europäische Kommission, 2007). Dieser Pro-Kopf-Vergleich stellt die Situation aus ostdeutscher Sicht sogar noch günstiger dar, da im Osten ein ausgeprägter Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen war.⁸ Tatsächlich ist das ostdeutsche BIP im Zeitraum von 1995 bis 2006 in absoluten Größen mit +13% sogar langsamer gestiegen als das westdeutsche BIP (+17%).⁹ Die Hoffnungen in einen raschen, sich selbst tragenden Aufschwung haben sich daher nicht erfüllt. Die Reindustrialisierung Ost-

deutschlands nach dem Kollaps der DDR-Industriebetriebe ist nur bedingt geglückt. Sinn (2000) nennt eine Reihe von Ursachen für diese Stagnation. Neben den weit über den Produktivitätszuwächsen liegenden Lohnanstiegen kam es durch die spezifische Ausgestaltung des Fördergebietgesetzes zu einer Fehlallokation von Kapital. Oft kritisiert wurde weiters das hohe Niveau der Sozialhilfe (zumindest vor den Hartz-Reformen), da es hohe Mindestlöhne implizierte und negative Arbeitsanreize setzte (Sinn, 2000; Europäische Kommission, 2002 und 2007).

Nach dem transformationsbedingten Abbau der ostdeutschen Beschäftigung in den Jahren 1991 bis 1993 um 1,0 Millionen Beschäftigte stieg die gesamtdeutsche Beschäfti-

⁸ Zwischen 1991 und 2006 nahm die Einwohnerzahl in Ostdeutschland um 8% ab.

⁹ Die österreichische Wirtschaft wuchs in diesem Zeitraum um 28%.



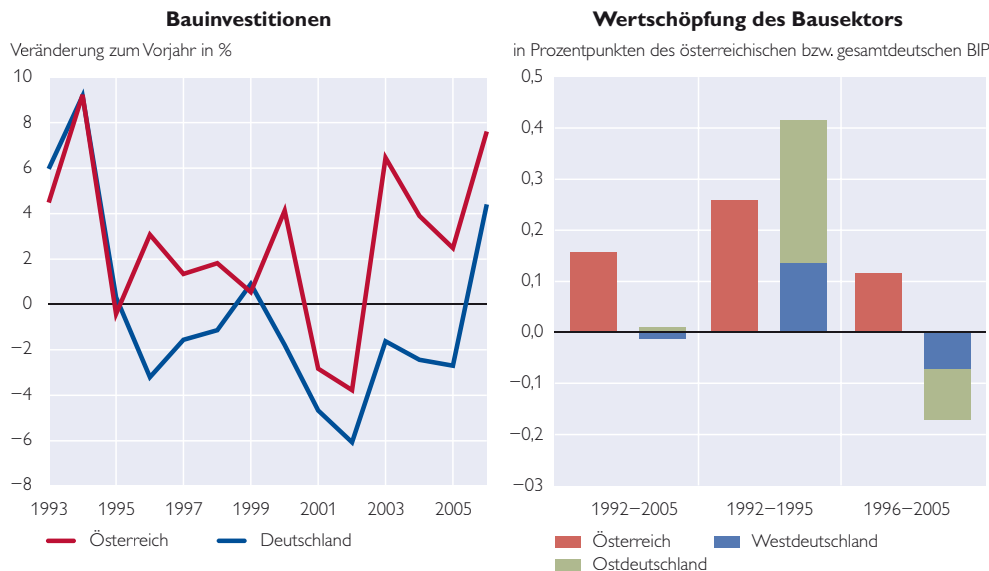
gung bis zum Jahr 2001 wieder an. In den ostdeutschen Ländern war nach 1993 jedoch ein weiterer Abbau um 3,7% (–0,3 Millionen Beschäftigte) festzustellen, während in den westdeutschen Ländern im gleichen Zeitraum 1,5 Millionen Beschäftigte aufgebaut wurden. Dieser Aufbau war jedoch mit einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigung verbunden. Aus den – leider erst ab 1998 verfügbaren – Daten über das geleistete Arbeitsvolumen in Stunden geht hervor, dass das Beschäftigungsvolumen in Westdeutschland zwischen 1998 und 2005 mit 0,1% geringfügig abnahm, während es in Ostdeutschland um 10,8% sank. Für Gesamtdeutschland war ein Rückgang um 2,1% zu verzeichnen.

Die ostdeutschen Länder sind nach wie vor in hohem Maß von westdeutschen Transfers abhängig. In den Jahren 1995/96 betrug der diesbezügliche Transferzahlungen 41% des ostdeutschen BIP. Bis 2003/04 sank dieser Anteil auf knapp 22% (Euro-

päische Kommission, 2007). Die Transfers belaufen sich im Durchschnitt auf rund 4% des westdeutschen BIP. Obwohl diese für den Fiskus zweifelsohne eine hohe Belastung darstellen, profitierte auch die westdeutsche Wirtschaft von der Vergrößerung des Marktes sowie vom Zuwachs an Humankapital durch die Ost-West-Migration. Die Europäische Kommission (2002) simulierte die Auswirkungen der (durch Steuern finanzierten) Transferzahlungen auf das gesamtdeutsche Wachstum. Berücksichtigt wurden Verdrängungseffekte privater Investitionen und Arbeitsmarkteffekte. Nach diesen Simulationen dämpften die Transfers das Wachstum in den Neunzigerjahren um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte p. a. Nicht berücksichtigt wurden die negativen Wettbewerbseffekte durch den Anstieg der Lohnnebenkosten (die allerdings ab Mitte der Neunzigerjahre durch Lohnmoderation wieder umgekehrt wurden) und

Grafik 8

**Bauinvestitionen dämpfen Wachstum in Deutschland seit Mitte
der Neunzigerjahre**



Quelle: Europäische Kommission (AMECO-Datenbank).

die (zumindest indirekt) durch die Wiedervereinigung ausgelöste Aufwertung der D-Mark. Weiter wurde festgehalten, dass sich der Rückgang der öffentlichen Investitionen mittel- bis langfristig negativ auf das Produktionspotenzial auswirken kann.

Bedingt durch einen enormen Nachholbedarf, vor allem im Bereich Infrastruktur, und durch großzügige Förderungen lieferte der Bausektor in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung hohe Wachstumsbeiträge. Ab Mitte der Neunzigerjahre kam es jedoch sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland zu einem Einbruch der Bautätigkeit. Die Immobilienpreise in Ostdeutschland sind seit 1993 stetig gesunken. Im Zeitraum von 1996 bis 2005 dämpfte der Bausektor das gesamtdeutsche Wachstum um 0,2 Prozentpunkte p. a., während von der Bauwirtschaft in Österreich im gleichen Zeitraum ein leicht positiver Wachstumsbeitrag von 0,1 Prozentpunkt ausging. Nach

Schätzungen der Europäischen Kommission (2002) ist der Schrumpfungsprozess der (gesamtdeutschen) Bauwirtschaft nach dem Wiedervereinigungsboom zu rund einem Drittel für den Wachstumsrückstand Deutschlands gegenüber den restlichen europäischen Ländern in den Neunzigerjahren verantwortlich. Dieser Prozess dürfte im Jahr 2006 zu einem Ende gekommen sein.

5 Einfluss von Landes- und Betriebsgröße

Während Deutschland mit seinen über 80 Millionen Einwohnern ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung der EU-25 erbringt, zählt Österreich mit einem Zehntel der Größe Deutschlands zu den kleineren EU-Volkswirtschaften. Die unterschiedlichen Größenordnungen spiegeln sich auch in der Unternehmensstruktur wider. Während Größe oftmals von Vorteil ist, dürfte Österreich aufgrund seiner kleinräumigen poli-

tischen und wirtschaftlichen Strukturen mit den Herausforderungen der europäischen Integration und der Globalisierung besser zurechtgekommen sein als Deutschland.

5.1 Kleinbetriebliche Unternehmensstruktur federt negative Folgen der Globalisierung für Österreich ab

In der deutschen Diskussion wird immer wieder die Globalisierung als Hauptursache der schwachen Beschäftigungsentwicklung genannt. Ein wesentliches Merkmal der Globalisie-

rung ist aus ökonomischer Sicht die fortschreitende internationale Arbeitsteilung in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Dabei kommt es in erster Linie zu einer Verlagerung der Produktion von arbeitsintensiven Gütern aus industrialisierten Ländern in Niedriglohnländer, wodurch die Unternehmen ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit stärken können. Im Heimatland führt dies jedoch in der Regel zur Entlassung von Arbeitskräften, deren Ausmaß je nach Unternehmensgröße, Sektor, Skill-Intensität etc. stark variiert.

Kasten 1

Entwickelt sich Deutschland zu einer Basarökonomie?

Eine der wohl bekanntesten Thesen zu den Folgen der Globalisierung für Deutschland ist die Hypothese der Basarökonomie von Sinn (2001). Sie besagt, dass durch die zunehmende Internationalisierung der Produktion der inländische Wertschöpfungsanteil sinkt. Deutsche Industrieunternehmen verlagern verstärkt arbeitsintensive Teile der Produktion ins Ausland, um den hohen deutschen Lohnkosten zu entgehen. Deutschland entwickle sich damit mehr und mehr zu einer Basarökonomie mit hohen Exportzahlen, jedoch geringem inländischen Wertschöpfungsanteil. Steigende Exportzahlen haben daher nicht automatisch wachsende inländische Wertschöpfung und Beschäftigung zur Folge. Während ein abnehmender inländischer Wertschöpfungsanteil unter Ökonomen einhellig als logische Folge der internationalen Arbeitsteilung gilt, ist Sinns These aus mehreren Gründen umstritten. Dazu trägt sicher der Begriff „Basar“ und die etwas überspitzte Formulierung bei. Umstritten ist die Basarhypothese vor allem auch aufgrund der von Sinn damit verknüpften Forderung nach mehr Lohnflexibilität und wegen seiner Kritik an den allzu hohen deutschen Sozialstandards, die den erforderlichen Strukturwandel behindern. Umstritten ist weiters die eng mit der Basarhypothese verbundene These vom „pathologischen Exportboom“, der zufolge die Exporterfolge Deutschlands nicht trotz, sondern wegen der hohen deutschen Löhne zustande kommen. Als Ursache nennt Sinn die mangelnde Lohnflexibilität, aufgrund derer die von der ausländischen Niedriglohnkonkurrenz betroffenen arbeitsintensiven Sektoren stärker als notwendig schrumpfen und Kapital und Arbeitskräfte freigeben, die teilweise von den kapitalintensiven Exportsektoren aufgenommen werden, während gleichzeitig die nicht mehr im Inland erzeugten arbeitsintensiven Güter importiert werden. Dadurch kommt es zu einem Anstieg von Exporten und Importen.

Lässt sich nun die schwächere deutsche Wachstumsperformance damit erklären, dass deutsche Firmen häufiger Tätigkeiten auslagern als österreichische? Der Anteil der Wertschöpfung eines Unternehmens an seinem Umsatz gibt Aufschluss darü-

ber, ob und in welchem Ausmaß es Teile seiner Produktion (entweder an andere inländische Unternehmen oder ins Ausland) ausgelagert hat. Dabei zeigt sich in der Sachgütererzeugung ein ausgeprägter Unterschied zwischen Österreich und Deutschland.

Grafik 9

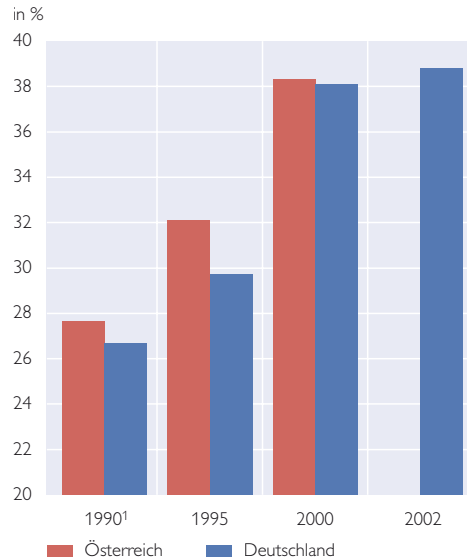
Rückläufiger Wertschöpfungsanteil und steigender Importanteil

durch Produktionsauslagerungen

Wertschöpfungsanteil in der Sachgütererzeugung



Importanteil der Exporte



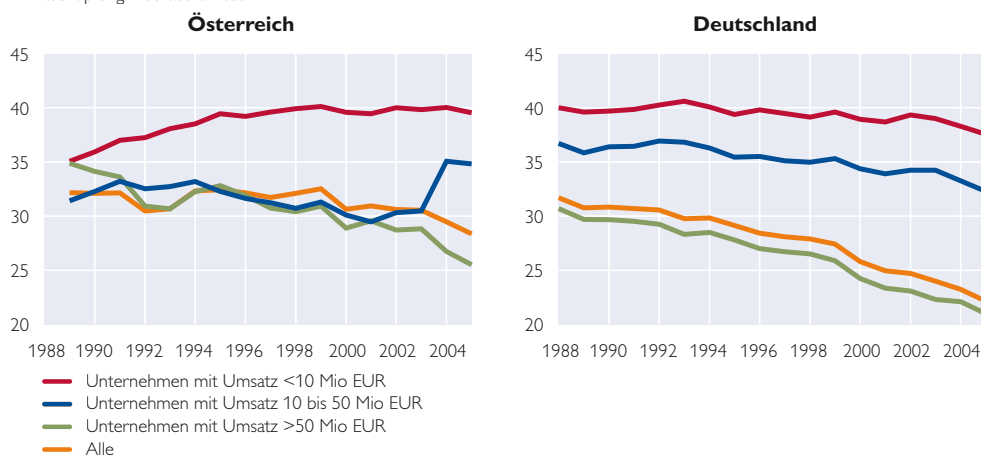
Quelle: Europäische Kommission (BACH-Datenbank), OeNB auf Basis der Input-Output-Tabellen von Statistik Austria, DESTATIS (2004).

¹ Österreich: 1991.

Grafik 10

Deutsche Großunternehmen lagern massiv ihre Produkte aus

Wertschöpfung in % des Umsatzes



Quelle: Europäische Kommission (BACH-Datenbank).

War der Wertschöpfungsanteil am Unternehmensumsatz im Jahr 1992 in beiden Ländern etwa gleich groß (Deutschland: 30,6%, Österreich: 30,5%), so sank er bis 2005 in Deutschland auf 22,1%, während der Rückgang in Österreich auf 28,4%

deutlich schwächer ausgeprägt war. Österreich hat damit im internationalen Vergleich einen sehr hohen Wertschöpfungsanteil (Grafik 9).

Diese Unterschiede sind auf die unterschiedliche Größenstruktur der Unternehmen in den beiden Län-

Tabelle 2

Unternehmensgrößenstruktur in der Sachgütererzeugung

in Deutschland und Österreich im Jahr 2005

in % der gesamten Unternehmen

	Unternehmensgröße nach jährlichem Umsatz in Mio EUR			
	Klein	Mittel	Groß	Insgesamt
	(< 10)	(10–50)	(> 50)	
Anzahl der Unternehmen				
Österreich	82,0	10,3	7,8	100
Deutschland	50,1	17,7	32,2	100
Beschäftigung				
Österreich	21,9	18,5	59,6	100
Deutschland	3,5	14,1	82,4	100
Umsatz				
Österreich	11,8	12,9	75,3	100
Deutschland	1,8	7,4	90,8	100

Quelle: Europäische Kommission (BACH-Datenbank).

dern zurückzuführen (Tabelle 2).¹⁰ Vor allem der Anteil kleiner, aber auch mittlerer Unternehmen an der gesamten Anzahl der Unternehmen ist in Österreich deutlich höher als in Deutschland. Da Produktionsauslagerungen vor allem für große Unternehmen relevant sind, kommt es in Deutschland insgesamt zu einer deutlich stärkeren Reduktion des Wertschöpfungsanteils.

Die bisherige Argumentation gibt allerdings keinen Aufschluss darüber, ob die Auslagerung an in-oder ausländische Unternehmen erfolgte. Rückschlüsse darüber lassen sich mithilfe von Input-Output-Tabellen ziehen, in denen die Güter- und Dienstleistungsströme zwischen Sektoren erfasst werden. Betrachtet man den Importanteil der Exporte als Maßzahl für die internationale Arbeitsteilung, so ergibt sich für Österreich und

Deutschland im Jahr 2000 ein identischer Importanteil von 38 %. Dieser Umstand ist an sich bereits bemerkenswert, da große Länder in der Regel einen niedrigeren Importanteil als kleine Länder aufweisen, und unterstreicht die herausragende Rolle der Exporte für Deutschland. In beiden Ländern kam es seit Anfang der Neunzigerjahre zu einem starken Anstieg der Importe, der in Deutschland noch etwas kräftiger ausfiel (Grafik 10). Dies lässt vermuten, dass der Rückgang des Wertschöpfungsanteils in der Sachgütererzeugung zumindest teilweise auf Offshoring oder Outsourcing in andere Länder und damit auf den Import von Vorleistungen zurückzuführen ist.¹¹ Falk und Wolfmayr (2005) untersuchen die Entwicklung der Intermediärimporte von sieben EU-Staaten (Österreich, Dänemark, Finnland, Deutschland,

¹⁰ Aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden sind die in Tabelle 2 dargestellten Ergebnisse in Deutschland in Richtung Großbetriebe verzerrt, während in Österreich die Mittelbetriebe etwas unterrepräsentiert sind. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist daher Vorsicht geboten.

¹¹ Offshoring beschreibt Verlagerungen unternehmensinterner Prozesse in das Ausland, wobei es unerheblich ist, ob diese an ein ausländisches Fremdunternehmen übertragen werden oder durch Joint Ventures oder Tochterfirmen im Ausland übernommen werden. Outsourcing beschreibt die Auslagerung unternehmensinterner Prozesse an andere Firmen.

Italien, Niederlande und Schweden) für den Zeitraum 1995 bis 2000. Sie gelangen zu dem Schluss, dass aus dem Ausland importierte Vorleistungen in Österreich und Deutschland am stärksten gestiegen sind. Dies unterstützt die erwähnte These.

Es gibt nur wenige empirische Untersuchungen, die speziell auf den Zusammenhang zwischen Firmengröße und Outsourcing bzw. Offshoring eingehen.¹² Je größer jedoch ein Unternehmen, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass es eine Direktinvestition im Ausland tätigt. Die Gründe dafür liegen in erster Linie im besseren Zugang großer Unternehmen zu Finanzierungsmöglichkeiten (Kinoshita, 1998).¹³

Die zweite Möglichkeit für ein Sinken des Wertschöpfungsanteils sind Auslagerungen im Inland, und hier vor allem in den Dienstleistungsbereich. Dabei zeigt sich in Österreich für den Zeitraum 1997 bis 2005 bei den unternehmensnahen Dienstleistungen (nach der statistischen Systematik der EU: NACE I–K) eine im Vergleich zur Sachgütererzeugung um 11 % stärkere Zunahme des Umsatzes, während in Deutschland ein um 8 % schwächerer Anstieg zu verzeichnen war. Dies könnte als Indiz dafür gewertet werden, dass das Ausmaß der inländischen Auslagerungen von produktionsnahen Dienstleistungen in Deutschland geringer ausgefal-

len ist und daher Verlagerungen in das Ausland eine wichtigere Rolle gespielt haben könnten.

Vergleicht man die absoluten Umsätze in der Sachgütererzeugung, zeigt sich ein noch viel dramatischeres Bild für Deutschland. In Österreich kam es zwischen 1992 und 2005 zu einer Verdoppelung der Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung (+103 %), während die Zunahme in Deutschland lediglich 21 % betrug. Weiters ist der Rückgang der Beschäftigungszahlen in Deutschland viel stärker ausgeprägt als in Österreich. Offenbar war Deutschland durch seine von Großbetrieben dominierte Unternehmensstruktur stärker von Produktionsverlagerungen ins Ausland betroffen als Österreich.

5.2 Ländergröße, Integration und Wirtschaftswachstum

Von der Vertiefung und Erweiterung der EU in den Neunzigerjahren haben die einzelnen EU-Staaten nicht im selben Ausmaß profitiert. Der Zusammenhang, sowohl zwischen Ländergröße und Wirtschaftswachstum als auch zwischen Größe und Integrationsgewinnen, ist allerdings sowohl theoretisch als auch empirisch nicht eindeutig belegt.

Größere Länder weisen gegenüber kleineren Ländern eine Reihe von Vorteilen auf, vor allem hinsichtlich der Größe des Heimmarktes.

¹² Es existiert aber eine umfassende theoretische und empirische Literatur zu anderen Aspekten mit teilweise widersprüchlichen Ergebnissen (für einen umfassenden Literaturüberblick ist Egger et al., 2001, zu empfehlen). Der Sachverständigenrat stellt fest, dass ausländische Direktinvestitionen auf dem Arbeitsmarkt keine starke Wirkung erzielen (Sachverständigenrat, 2004, S. 369). Für einen Vergleich unterschiedlicher Bestimmungsfaktoren von Offshoring und Outsourcing in Österreich und Deutschland sei Marin (2006) empfohlen.

¹³ In einer Studie über die Lombardei halten Cusmano et al. (2006) fest, dass die Internationalisierung der Produktion vor allem von großen und exportorientierten Unternehmen vorangetrieben wird. Dabei spielen Direktinvestitionen allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Buch und Kleinert (2006) untersuchen die Direktinvestitionstätigkeit deutscher Unternehmen in Zentral- und Osteuropa und finden einen positiven Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und der Wahrscheinlichkeit einer Direktinvestition in Zentral- und Osteuropa. Im Gegensatz dazu hat die Unternehmensgröße einen negativen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer Direktinvestition in Westeuropa.

Auch können größere Länder ihre Interessen in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum besser durchsetzen.¹⁴ Größe kann sich bei hoher Heterogenität der Präferenzen allerdings auch negativ auf die ökonomische Performance auswirken. Die aus theoretischer Sicht vorwiegend positiven Auswirkungen von Größe auf das Wirtschaftswachstum werden in der empirischen Literatur aber nur eingeschränkt bestätigt (Alesina et al., 2005). Mikroökonomische Studien finden Evidenz für Größenvorteile auf sektoraler Ebene, jedoch ist es auf makroökonomischer Ebene schwieriger, diese positiven Ergebnisse nachzuweisen.

Die Größe eines Landes hat weiters Auswirkungen auf den Anteil der Endnachfrage, der aus heimischer Produktion bedient werden kann. Größere Länder haben in der Regel niedrigere Importquoten und damit einen höheren heimischen Wertschöpfungseffekt durch inländische Nachfrageveränderungen. Gemäß Input-Output-Tabelle 2000 (Statistik Austria, 2004) lösen in Österreich 100 % privaten Konsums 27 % Importe aus. Für den öffentlichen Konsum liegt dieser Anteil bei 11 %. Für Deutschland lag der Importanteil der Konsumausgaben privater Haushalte für das Jahr 2002 bei 22 % (Statistisches Bundesamt, 2006). Werte für den öffentlichen Konsum für Deutschland liegen nicht vor. Diese Unterschiede liefern für sich genommen zwar keinen Erklärungsansatz für die unterschiedlichen Wachstumsraten in verschiedenen großen Ländern; ein Nachfragerückgang – wie dies in einer Phase fiskalischer Konsolidierung im letzten Jahrzehnt sowohl in Öster-

reich als auch in Deutschland der Fall war – bedeutet jedoch (geringfügig) stärkere negative Wertschöpfungseffekte für das größere Land.

Nach Casella (1996) profitieren kleinere Länder stärker von einer Erweiterung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, da sie Zugang zu einem größeren Markt erhalten, während der frühere Heimmarktvorteil großer Länder durch die Vertiefung der EU nicht mehr so stark zum Tragen kommt. Badinger und Breuss (2006) testen die Hypothese von Casella für die europäische Integration. Ihre Ergebnisse sind jedoch nicht eindeutig. Zwar verbessert sich durch den Zugang zum gemeinsamen Markt die Wettbewerbsfähigkeit kleiner Länder, es wirken jedoch auch andere Kräfte, durch die die großen Länder verstärkt von der Integration profitieren. Dazu zählen der in großen Ländern üblicherweise höhere Anteil multinationaler Unternehmen sowie stärkere Marktmacht und damit verbundene Terms-of-Trade-Effekte. In Branchen mit steigenden Skalenerträgen verbessert sich die Wettbewerbsposition großer Länder durch die höhere absolute Faktorausstattung und eine größere Produktvielfalt.

Ein weiterer möglicherweise asymmetrisch wirkender Mechanismus ist der Umstand, dass vor allem die kleinen EU-Staaten in höherem Ausmaß Strukturreformen durchgeführt haben als die großen Länder (Mongelli und Vega, 2006).

6 Fiskalpolitik

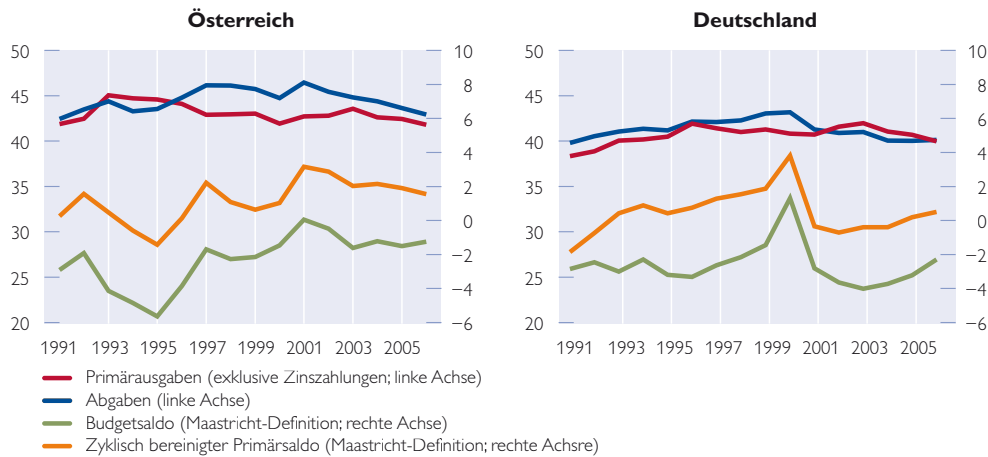
Für die schwache Wachstumsperformance Deutschlands wird oftmals die Fiskalpolitik verantwortlich gemacht (z. B. Bibow, 2004 oder Schulmeis-

¹⁴ So hatte z. B. die Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts für Deutschland und Frankreich keine Folgen, sondern führte stattdessen zu einer Aufweichung des Pakts.

Grafik 11

Entwicklung der öffentlichen Haushalte

in % des nominellen BIP



Quelle: Europäische Kommission (AMECO-Datenbank).

ter, 2004). In der ersten Hälfte der Neunzigerjahre war die Entwicklung in Deutschland klar von der Wiedervereinigung geprägt (Grafik 11), die zu einem starken Anstieg der Staatsausgaben und damit der Abgabenquote führte. Erste ausgabenorientierte Konsolidierungen wurden – angesichts stark steigender Staatsschulden sowie in Vorbereitung auf den Beitritt zur WWU – ab Mitte der Neunzigerjahre vorgenommen. In Österreich setzte diese Konsolidierungsphase schon 1993 ein. Die Ausgabenkürzungen waren in beiden Ländern von einer Erhöhung der Abgabenquote begleitet.

Zur Einschätzung der realwirtschaftlichen Effekte der Fiskalpolitik in diesen Ländern gilt es, zwischen Niveau- und Veränderungseffekten zu trennen. Die Staatsquote ist in Österreich deutlich höher als in Deutschland, das gesamtstaatliche Defizit ist hingegen in Deutschland aufgrund der Wiedervereinigung merklich grö-

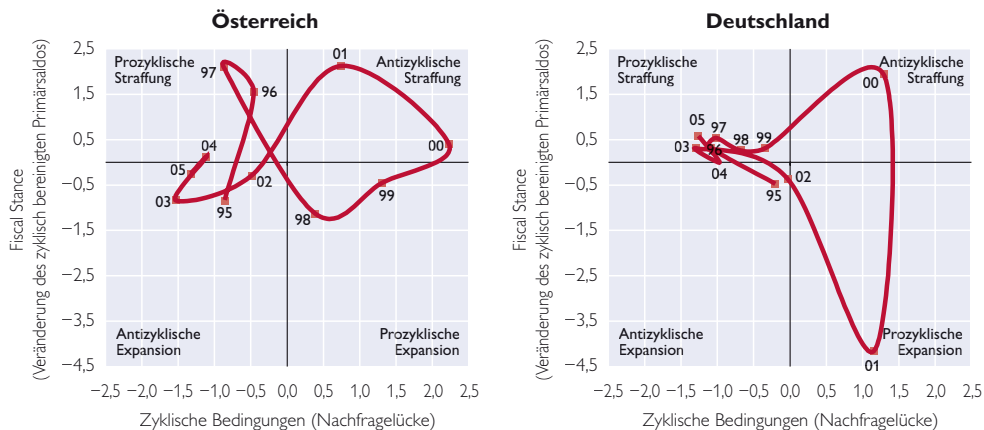
ßer. Diese Vergleiche sind jedoch hinsichtlich der konjunkturellen Auswirkungen der Fiskalpolitik wenig aussagekräftig. Ein geeigneter Indikator ist der Fiscal Stance, der die Veränderung des zyklisch bereinigten Primärsaldos (das heißt des gesamtstaatlichen Saldos ohne Zinszahlungen für die Staatsschuld) gegenüber dem Vorjahr angibt. Er spiegelt somit den aus diskretionären Entscheidungen resultierenden Impuls der Fiskalpolitik wider. Ein positiver Wert steht für eine im Vergleich zum Vorjahr restriktivere Fiskalpolitik, ein negativer Wert für eine expansivere. Setzt man den Fiscal Stance zur Outputlücke¹⁵ in Verbindung, so lässt sich beurteilen, ob sich die Fiskalpolitik eher pro- oder antizyklisch ausgewirkt hat.

Grafik 12 zeigt, dass Deutschland eine Politik der „Konsolidierung in kleinen Schritten“ verfolgte, stimulierende fiskalische Impulse blieben zumeist aus.¹⁶ Die große Ausnahme war die im Jänner 2001 in Kraft ge-

¹⁵ Die Outputlücke ist definiert als prozentuelle Abweichung des tatsächlichen BIP zum Potenzialoutput.

¹⁶ Der Budgetüberschuss im Jahr 2000 war durch den Verkauf der UMTS-Lizenzen bedingt.

Konjunkturelle Wirkungen der Fiskalpolitik in Österreich und Deutschland



Quelle: AMECO-Datenbank, OeNB.

tretenen Steuerreform 2000.¹⁷ Die privaten Haushalte verwendeten das höhere Einkommen aber zu einem guten Teil für eine Erhöhung ihrer Ersparnisse – die Sparquote steigt seit dem Jahr 2000 an (Grafik 3). Seit 2003 wirkt die deutsche Fiskalpolitik aufgrund von Ausgabenkürzungen wieder restriktiv. Die Abgabenquote stagniert seit 2003. Deutschland verletzte die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) durch Überschreitung der Defizitgrenze von 3 % seit dem Jahr 2002. Im Jahr 2006 ist

es erstmals gelungen, das Budgetdefizit unter 3 % zu drücken.¹⁸

In Österreich hingegen ist eine deutlich stärkere Varianz des Fiscal Stance zu beobachten. In den ersten beiden Jahren nach dem EU-Beitritt wurde der öffentliche Haushalt konsolidiert. In den Jahren 1998 und 1999 wirkte die Fiskalpolitik expansiv, die Jahre 2000 und 2001 waren hingegen von Konsolidierungsbemühungen zur Erreichung des Nulldefizits geprägt. Ab 2002 wurde wiederum eine Reihe von Konjunktur

¹⁷ Im Rahmen dieser Steuerreform wurden sowohl private Haushalte als auch Unternehmen entlastet. Der die privaten Haushalte betreffende Teil der Steuerreform besteht in einer schrittweisen Senkung der Einkommensteuersätze. Das Steueraufkommen sank durch die Reform der Einkommensteuersätze im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 28 Mrd DEM und durch die Reform der Unternehmensbesteuerung um 17 Mrd DEM. Die Entlastung betrug damit 45 Mrd DEM bzw. 1,1% des BIP (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, 2001). Von 2000 bis 2004 ging die Abgabenquote von 43,1% auf 40,1% des BIP zurück (AMECO-Datenbank). Der stärkste Rückgang war im Jahr 2001 mit -1,9 Prozentpunkten zu verzeichnen.

¹⁸ Das gegen Deutschland (und Frankreich) eingeleitete Defizitverfahren wurde von der Europäischen Kommission ausgesetzt. Stattdessen wurde der SWP im Jahr 2005 reformiert. Im neuen SWP sind die Defizit- und Verschuldungsregeln flexibler gestaltet. So werden die aktuelle Konjunkturlage sowie länderspezifische Faktoren verstärkt berücksichtigt, und den Ländern werden im Fall von Defizitverfahren längere Fristen eingeräumt.

stützenden Maßnahmen umgesetzt.¹⁹ Nach Schätzungen der OeNB trugen die Maßnahmen seit 2002 jährlich in einer Größenordnung von rund ¼ % des BIP zum österreichischen Wachstum bei.

Zusammenfassend war die Fiskalpolitik in den Neunzigerjahren sowohl in Österreich als auch in Deutschland restriktiv ausgerichtet und kann somit kaum zur Erklärung von Wachstumsunterschieden herangezogen werden.²⁰ Die Steuerreform 2000 in Deutschland bewirkte zwar eine deutliche Passivierung des Budgetsaldos, konnte aber die Abschwächung des Wachstums nicht verhin-

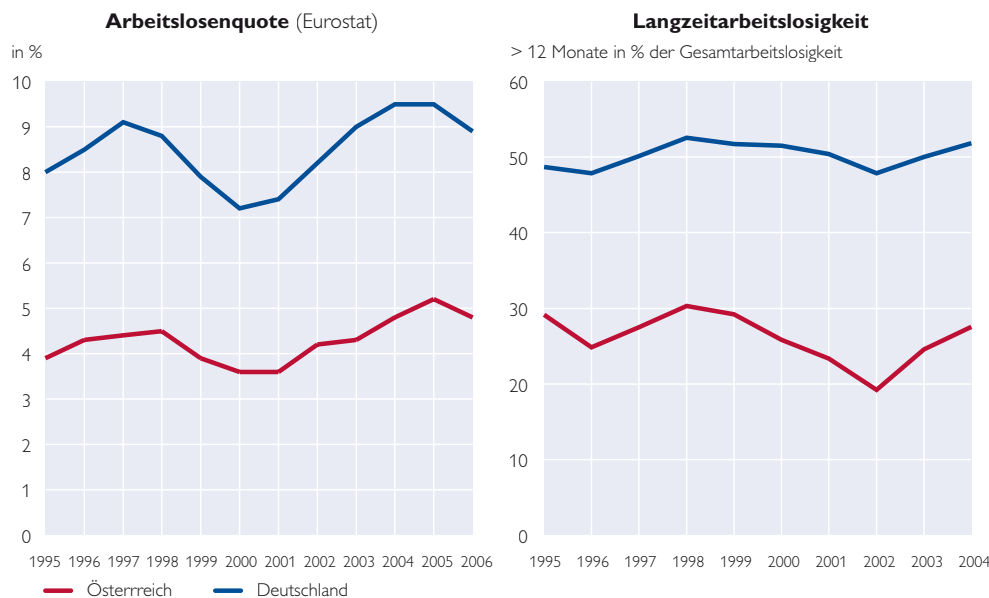
dern. Seit dem Jahr 2002 zeigt sich in Österreich eine leicht expansive Ausrichtung der Fiskalpolitik, während die deutsche Fiskalpolitik von anhaltenden Konsolidierungsbestrebungen gekennzeichnet ist.

7 Arbeitsmärkte – institutionelle Aspekte

Die Arbeitsmarktlage entwickelt sich in Deutschland seit Anfang der Neunzigerjahre wesentlich weniger günstig als in Österreich (Grafiken 13 und 14). Während die Erwerbspersonenzahl in Gesamtdeutschland seit 1991 stagniert bzw. leicht sinkt, steigt sie in Österreich. Berücksichtigt man den

Grafik 13

Arbeitslosigkeit in Deutschland höher und länger andauernd

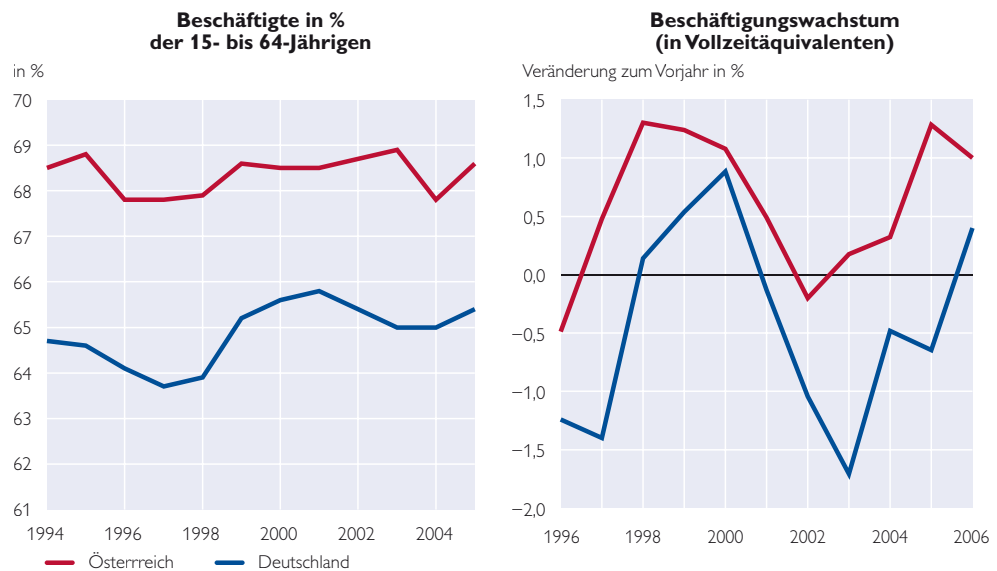


¹⁹ Die Konjunkturpakete I & II (Dezember 2001 und September 2002) enthielten im Wesentlichen Ausgaben für infrastrukturelle und steuerliche Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 4,2 Mrd EUR für die Jahre 2002 bis 2006. Das entspricht 0,3% des nominellen BIP pro Jahr. Das Wachstums- und Standortpaket 2003 bestand größtenteils aus strukturellen Maßnahmen und beeinflusst damit vor allem das langfristige Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft, der unmittelbare konjunkturelle Einfluss ist eher gering. Die beiden Etappen der Steuerreform in den Jahren 2004 und 2005 führten zu einer Nettoentlastung für private Haushalte und Unternehmen von insgesamt 0,6% des BIP für die Jahre 2004 bis 2007. Im Jahr 2005 wurden der Reformdialog für Wachstum und Beschäftigung, die regionale Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive 2005/06 sowie die Qualifizierungsoffensive und die Einführung eines Kombilohns beschlossen.

²⁰ Dies bezieht sich rein auf die Veränderung des zyklisch bereinigten Primärsaldos. Die Transferleistungen in den Osten haben auch Effekte auf die Struktur der Staatsausgaben. So sind vor allem die öffentlichen Investitionen deutlich zurückgegangen.

Höhere Beschäftigungsquote und höheres Beschäftigungswachstum

in Österreich



Quelle: Eurostat (Partizipationsrate), AMECO-Datenbank (Beschäftigungswachstum).

zunehmenden Anteil an Teilzeitbeschäftigung, so zeigt sich in Deutschland sogar ein ausgeprägter Rückgang des Beschäftigungsvolumens. Neben dem höheren Niveau der allgemeinen Arbeitslosigkeit weist Deutschland einen deutlich höheren Anteil an Langzeitarbeitslosigkeit sowie eine höhere Arbeitslosenquote gering qualifizierter Personen auf.

Neben makroökonomischen Effekten und der spezifischen Situation in den ostdeutschen Ländern kann die unterschiedliche Arbeitsmarktpromerance auch durch Unterschiede in der Struktur der Arbeitsmärkte und in der Effizienz der Arbeitsmarktinstitutionen erklärt werden. Der Kündigungsschutz ist in Deutschland

stärker ausgeprägt als in Österreich. Die Entlassung aus unbefristeten Arbeitsverhältnissen ist außerhalb von Kleinbetrieben nur unter besonderen Umständen möglich (z. B. Bonin, 2004). In Österreich hat die Neuordnung der Abfertigung für neue Arbeitsverhältnisse ab dem Jahr 2003 eine erhöhte Flexibilität für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebracht. Nach Wahl und Schulte (2005) funktioniert auch die aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich deutlich effizienter, was auf ein günstigeres Betreuungsverhältnis und besser ausgebildetes Personal in der Arbeitsvermittlung sowie ausbildungsrelevantere Vermittlung zurückzuführen ist.

Die Reformen des deutschen Arbeitsmarktes: Hartz I-IV

Die deutsche Arbeitsmarktpolitik vor den Reformen war in Zeiten hoher wirtschaftlicher Dynamik entstanden. Sie orientierte sich an den damaligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie Vollbeschäftigung, (männliches) Normalarbeitsverhältnis und Alleinverdienerfamilie. Die Ausgestaltung der Bezugsdauer und -höhe des Arbeitslosengelds zielte auf eine Statuserhaltung der Versicherten und weniger auf das Setzen von Anreizen für schnelle Arbeitsaufnahme ab. Sesselmeier et al. (2006) charakterisieren die frühere deutsche Arbeitsmarktpolitik als „Politik der Exklusion“. Aufgrund der geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden im Zuge der angebotsorientierten „Hartz-Gesetze“ seit 2003 tief greifende Reformmaßnahmen durchgeführt.

Ein Kernelement ist die Zusammenlegung der bisherigen Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe, das sogenannte „Arbeitslosengeld II“, das nach 12 Monaten Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I (18 Monate bei älteren Arbeitnehmern) ausgezahlt wird. Es orientiert sich nicht mehr am bisherigen Verdienst der Bezieher, sondern an deren Bedürftigkeit. Gleichzeitig wurden bei Bezug von Arbeitslosengeld II die Zumutbarkeitsregelungen verschärft und mehrere Maßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik umgesetzt. Dazu gehören insbesondere die Umstrukturierung der Arbeitsvermittlung durch die Einführung von „Personal-Service-Agenturen“, die Förderung von Existenzgründungen („Ich-AG“), Eingliederungszuschüsse und Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer, Arbeitnehmerüberlassung sowie die Beschäftigungsförderung im Bereich der „Mini“- und „Midi“-Jobs mit geringem Erwerbseinkommen (Caliendo und Steiner, 2006).

In den Hartz-Gesetzen ist auch eine Evaluation der Maßnahmen vorgesehen, die durch insgesamt 20 Forschungseinrichtungen durchgeführt wurde, und hinsichtlich der Wirkungen ein differenziertes Bild ergibt. Maßnahmen, wie die Förderung von Existenzgründungen, Eingliederungszuschüsse oder die Schaffung von Mini-Jobs, erhöhen tendenziell die Arbeitsmarktchancen. Der Anspruchslohn wurde durch die Kürzungen der Transferleistungen an Arbeitslose reduziert. Andere Instrumente, wie die Einführung der Personal-Service-Agenturen oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, verzögern jedoch die nachhaltige Integration in die Erwerbstätigkeit (Kaltenborn et al., 2006).

Der Lohnbildungsprozess weist in den beiden Ländern eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. So sind beide duale Systeme, in denen die Lohnhöhe sowohl überbetrieblich als auch auf Betriebsebene verhandelt wird. Die Lohnverhandlungen in Deutschland basieren auf überwiegend regional abgeschlossenen Flächentarifverträgen auf Branchenebene. In jüngster Zeit sind jedoch in immer mehr Flächentarifverträgen sogenannte Öffnungsklauseln enthalten, die ein Abweichen nach unten in bestimmten Situationen zulassen. Die Koordination der Lohnverhandlungen in Österreich erfolgt auf informellem

Weg; der formale Koordinationsgrad ist gering (Pollan, 2004a). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad und der Deckungsgrad der Lohnverhandlungen sind in Österreich deutlich höher als in Deutschland (OECD, 2004). In beiden Ländern wird der Metallbranche die Lohnführerschaft zugeschrieben.

Bezüglich des Lohnbildungsprozesses gibt es zwei wesentliche Unterschiede zwischen den beiden Ländern. In Österreich ist er erstens stärker an den makroökonomischen Rahmenbedingungen orientiert als in Deutschland; das ist sowohl der in Österreich bewährten Sozialpartner-

schaft, wie auch der Landesgröße, zuzuschreiben.²¹ Zweitens gibt es in Österreich eine deutlich höhere Lohndifferenzierung (OECD, 2004). Dies deutet auf eine stärker produktivitätsorientierte Lohnpolitik in Österreich hin, lässt sich aber auch durch die österreichische Sektorstruktur erklären. Einerseits nimmt der Tourismus eine wichtige Rolle als Niedriglohnsektor ein und andererseits werden in den ehemals staatsnahen Energieversorgungsunternehmen weit überdurchschnittliche Löhne bezahlt. Die geringe Lohndifferenzierung in Deutschland stellt vor allem in den ostdeutschen Ländern ein Problem dar.

Im Vergleich der institutionellen Eigenschaften der beiden Arbeitsmärkte zeigt sich somit, dass der Arbeitsmarkt in Österreich insgesamt etwas flexibler ist. Der empirische Zusammenhang zwischen diesen Faktoren und der Wachstumsperformance eines Landes ist allerdings schwer zu belegen bzw. auch unklar. Inwieweit unterschiedliche Kündigungsschutzregelungen überhaupt Auswirkungen auf das aggregierte Beschäftigungsniveau haben, ist in der Literatur umstritten (Bonin, 2004). Jedoch wird durch einen stärkeren Kündigungsschutz die Kluft zwischen Beschäftigten und Arbeit suchenden vertieft und die Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt zu. Ein effizienteres Arbeitsvermittlungssystem

sollte zwar besseres Matching erzielen und daher insgesamt bessere Arbeitsmarktperformance erwarten lassen. Empirische Untersuchungen zu etwaigen daraus entstehenden Wachstumsunterschieden zwischen Deutschland und Österreich sind den Autoren aber ebenso wenig bekannt, wie Untersuchungen zu Wachstumsunterschieden, die sich nur aufgrund von Unterschieden im Lohnbildungsprozess beider Länder ergeben.²²

8 Lohnniveau, Wettbewerbsfähigkeit und Konsum

Als wichtigster Einkommensfaktor der privaten Haushalte und gleichzeitig Kostenfaktor der Unternehmen stellt die Lohnhöhe eine Schlüsselgröße in jeder Ökonomie dar. Außenwirtschaftlich ist die relative Lohnhöhe im Vergleich mit anderen Ländern einer der Bestimmungsfaktoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Binnenwirtschaftlich beeinflusst ein hohes Lohnniveau die Konsumnachfrage positiv und die Gewinn- und somit auch die Investitionstätigkeit einer Ökonomie negativ.

8.1 Sinkende relative Lohnstückkosten verbessern die Wettbewerbsfähigkeit

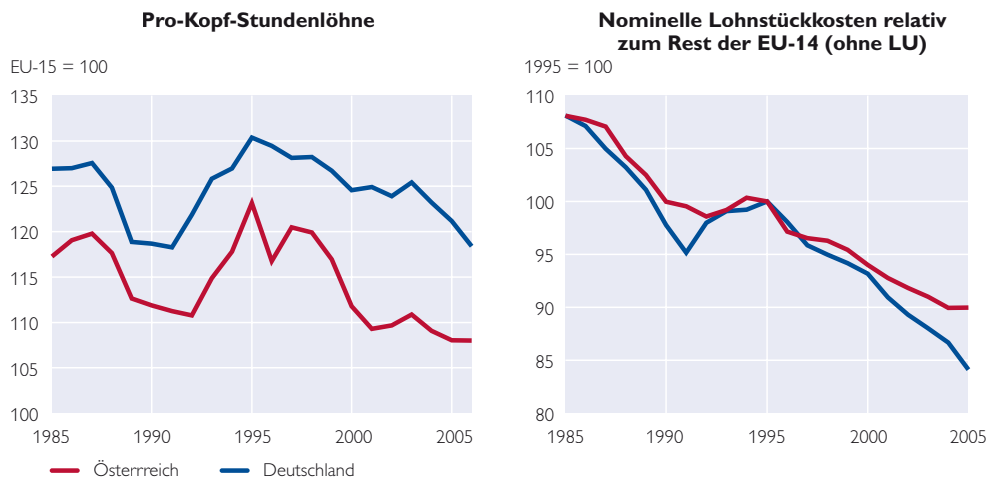
Der wirtschaftliche Erfolg der letzten Jahrzehnte ließ in Österreich und Deutschland hohe Lohnsteigerungen und damit ein hohes Wohlstandsniveau zu. Im Jahr 1995 lag der durch-

²¹ Als anekdotische Evidenz kann hier der Umstand genannt werden, dass die Sozialpartner in Österreich ihren Diskussionen eine gemeinsame Konjunktüreinschätzung (die WIFO-Prognose) zugrunde legen, während es in Deutschland diesbezüglich eine viel heterogenere Sichtweise gibt. Wahl und Schulte (2005) betonen ebenfalls den Vorteil, den Österreich und die Schweiz aufgrund ihrer geringeren Größe und damit effizienteren politischen Strukturen gegenüber Deutschland haben.

²² Zur generellen Diskussion von Lohnverhandlungsprozessen und Arbeitsmarktperformance ist ausgehend von Calmfors und Driffill (1988) mittlerweile umfassende Literatur erschienen. Für einen neueren Überblick siehe OECD (2004) und Pollan (2004b). Ein empirischer Vergleich etwaiger Wachstumseffekte der Lohnverhandlungssysteme in Österreich und Deutschland wird auch dadurch erschwert, dass in der Literatur selbst die Einschätzung infrage gestellt wird, ob Lohnverhandlungen in Österreich stark zentralisiert bzw. koordiniert sind (Pollan 2004b).

Grafik 15

Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Österreich



schnittliche Stundenlohn in Deutschland um 30% und in Österreich um 23% über dem EU-Durchschnitt. Die D-Mark-Aufwertung in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre verschärfte die Wettbewerbssituation zusätzlich. Durch anhaltende Lohnmoderation gelang es jedoch in beiden Ländern, die Stundenlöhne und damit auch die Lohnstückkosten deutlich in Richtung EU-Durchschnitt zu reduzieren (Grafik 15). Im Jahr 2006 lagen Deutschland bzw. Österreich mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 29,0 bzw. 26,4 EUR nur noch um 18% bzw. 8% über dem Durchschnitt der EU-15.²³ Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel konnte

damit entscheidend verbessert werden. Relativ zum Rest der EU-14 sanken in Deutschland die Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft sogar noch stärker als in Österreich (Grafik 15).²⁴ Für die Lohnstückkosten²⁵ ist neben der Lohnhöhe die Arbeitsstundenproduktivität maßgeblich; diese ist in Deutschland bei niedrigerer Jahresarbeitszeit deutlich größer als in Österreich.

8.2 Konsumeinbruch in Deutschland durch Beschäftigungsrückgang bei gleichzeitig steigenden Reallöhnen

Die Lohnhöhe ist für die Binnennachfrage von zentraler Bedeutung. Die reale gesamtwirtschaftliche Lohn-

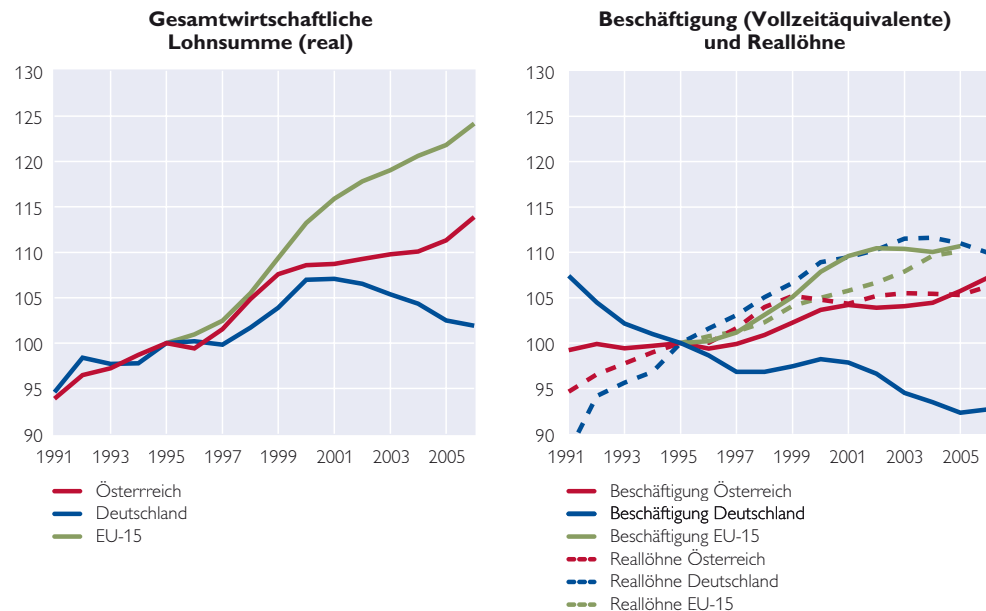
²³ Unternehmen nutzen zusehends alternative Wege zur Reduktion der Lohnkosten, etwa durch ein Abgehen von Normalarbeitsverhältnissen oder Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich (Breuss, 2006b)

²⁴ Im direkten Vergleich mit Deutschland konnte Österreich in der Periode 1995 bis 2000 die Lohnstückkosten um jährlich 0,3% senken; in der Periode von 2000 bis 2005 stiegen diese aber im Schnitt um 0,2% stärker als in Deutschland (Guger, 2006).

²⁵ Sinn (2005) kritisiert den Verweis auf niedrige Lohnstückkosten als Bestätigung dafür, dass die deutsche Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit trotz hoher Löhne international wettbewerbsgerecht sei, da die Berechnung der Lohnstückkosten (als Quotient zwischen Lohnsatz und durchschnittlicher Arbeitsproduktivität definiert) nur auf realisierten Arbeitsplätzen basiert – Arbeitsplätze mit niedriger Produktivität, die infolge hoher Löhne nicht realisiert werden können, fließen definitionsgemäß nicht ein. Die Arbeitsproduktivität ist daher in einem Land mit hoher Arbeitslosigkeit – wie Deutschland – nach oben verzerrt, die Lohnstückkosten nach unten.

**Abnehmende Lohnsumme in Deutschland aufgrund rückläufigen
Arbeitsvolumens bei steigenden Reallöhnen**

Index (1995 = 100)



Quelle: Europäische Kommission (AMECO-Datenbank), OeNB.

summe ist in Deutschland seit dem Jahr 2002 aufgrund des rückläufigen Beschäftigungsvolumens (gemessen in Vollzeitäquivalenten) gesunken. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf den steigenden Anteil an Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen, der sich alleine zwischen 2001 und 2005 von 20,3% auf 24,0% erhöht hat, und in geringerem Ausmaß auf einen Rückgang bei der Anzahl unselbstständig beschäftigter Personen. Die sich daraus ergebenden Reallöhne pro unselbstständig Beschäftigtem zu Vollzeitäquivalenten sind hingegen in Deutschland stärker als im Durchschnitt der EU-15 gestiegen.²⁶ In Österreich war im selben Zeitraum ein Anstieg des Beschäftigungsvolu-

mens zu verzeichnen, während der Reallohnanstieg deutlich geringer als in Deutschland ausfiel.

Der relativ höhere Reallohnanstieg in Deutschland ist nicht durch höhere Lohnabschlüsse zu erklären – im Gegenteil, die nominellen Lohnabschlüsse lagen unter jenen in Österreich. Die Entwicklung der realen Tariflöhne ist jedoch in beiden Ländern sehr ähnlich verlaufen, was rein auf Inflationsunterschiede in den beiden Ländern zurückzuführen ist. Als Erklärung für die Unterschiede bei den Durchschnittslöhnen kommen somit nur stärkere Überzahlungen und höhere flexible Lohnbestandteile (wie Überstunden oder Prämien) oder aber Struktureffekte

²⁶ Dies ist kein Widerspruch zu Grafik 14, in der für Deutschland und Österreich ein Rückgang der relativen nominellen Stundenlöhne im Vergleich zur EU-15 ausgewiesen wird, da die Inflation in beiden Ländern seit 1995 deutlich geringer war. Der Deflator des privaten Konsums stieg von 1995 bis 2005 in Deutschland bzw. Österreich um 12% bzw. 16%, während der Anstieg der EU-15 26% betrug.

durch den vor allem im unteren Lohnbereich erfolgten Beschäftigungsabbau infrage. Ein Anstieg der flexiblen Lohnbestandteile, gerade im Konjunkturabschwung, erscheint unwahrscheinlich. Folglich war der Rückgang der Lohneinkommen, der für die ausgeprägte Konsumschwäche in Deutschland ab 2002 verantwortlich zeichnet, durch die Beschäftigungs- und nicht durch die Lohnentwicklung bedingt.

Die bisherige Betrachtung bezog sich auf Bruttolöhne. Für eine Analyse der Nettolohnentwicklung muss noch die gesamte Abgabenbelastung berücksichtigt werden. Dabei war in Österreich ein Anstieg des Steuerkeils²⁷ von 40,1% im Jahr 2000 auf 41,1% im Jahr 2006 zu beobachten, während es in Deutschland zu einem Rückgang von 46,0% auf 44,8% kam. Im Durchschnitt der EU-15 wurde ebenfalls ein Rückgang (von 37,8% auf 36,4%) verzeichnet. Der Anstieg der realen Nettolöhne im Vergleich zu den Bruttolöhnen ist daher in Österreich schwächer ausgefallen.

9 Österreich und Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb

Ein aus Sicht der Unternehmen wichtiger Faktor im internationalen *Standortwettbewerb* ist das jeweilige nationale Steuersystem, vor allem die Unternehmensbesteuerung. Während für die Unternehmen eine möglichst geringe Steuerbelastung von Interesse ist, ergibt sich aus staatlicher Sicht ein Trade-off zwischen der Schaffung von Anreizen für Betriebsansiedelungen (bzw. die Unterlassung von Absiedelungen) und der durch den unmittelbaren Steuerausfall bewirkten budgetären Belastung. Während die Besteuerung der Unternehmensgewinne in Österreich nur auf der Körperschaftsteuer (KöSt) beruht, umfasst sie in Deutschland zusätzlich noch die Gewerbesteuer sowie den Solidaritätszuschlag. Für einen direkten Vergleich der Steuerbelastung zwischen Deutschland und Österreich können unterschiedliche Steuersätze herangezogen werden (Kasten 3).

²⁷ Der Steuerkeil ist definiert als prozentuelle Differenz zwischen den Lohnkosten aus Arbeitgebersicht und den Nettolöhnen. Die ausgewiesenen Werte sind ungewichtete Durchschnitte der von der OECD ausgewiesenen acht Einkommensklassen und Familientypen.

Nomineller, effektiver und impliziter Steuersatz

Die nominalen Steuersätze zweier Länder sind einfach miteinander vergleichbar; sie spiegeln die legislative Ausgestaltung der Steuersätze wider, geben aber keinerlei Auskunft über die Höhe der jeweiligen Bemessungsgrundlage und die tatsächliche Steuerbelastung.

Effektive Steuersätze sind fiktive Steuersätze, die für „typische“ Steuerfälle ex ante ermittelt werden. Sie beziehen sich nur auf die geltenden steuerrechtlichen Regelungen (inklusive wesentlicher Spezifika des jeweiligen Steuersystems), nicht aber auf tatsächliche Steuerzahlungen. Die in dieser Studie verwendeten Daten der effektiven Steuersätze stammen vom Institute for Fiscal Studies in London (IFS) und basieren auf Devereux et al. (2002). Der vom IFS ermittelte effektive durchschnittliche Unternehmenssteuersatz gilt als guter verfügbarer Indikator für internationale Standortentscheidungen (Breuss und Schratzenstaller, 2004). Die genaue Definition ist in Devereux und Griffith (2003) beschrieben.

Implizite Steuersätze sind ex post ermittelte Indikatoren zur Messung der Steuerbelastung. Sie werden als Verhältnis der gesamten Steuereinnahmen im Verhältnis zur jeweils entsprechenden Steuerbasis berechnet.¹ Für Deutschland stehen leider keine Daten über reine Unternehmensbesteuerungserträge zur Verfügung. Für den Ländervergleich werden daher die impliziten Steuersätze auf die gesamten Unternehmens- und Kapitalgewinne herangezogen. Die verwendeten impliziten Steuersätze stammen aus dem aktuellsten Steuerbericht der Europäischen Kommission (2006).

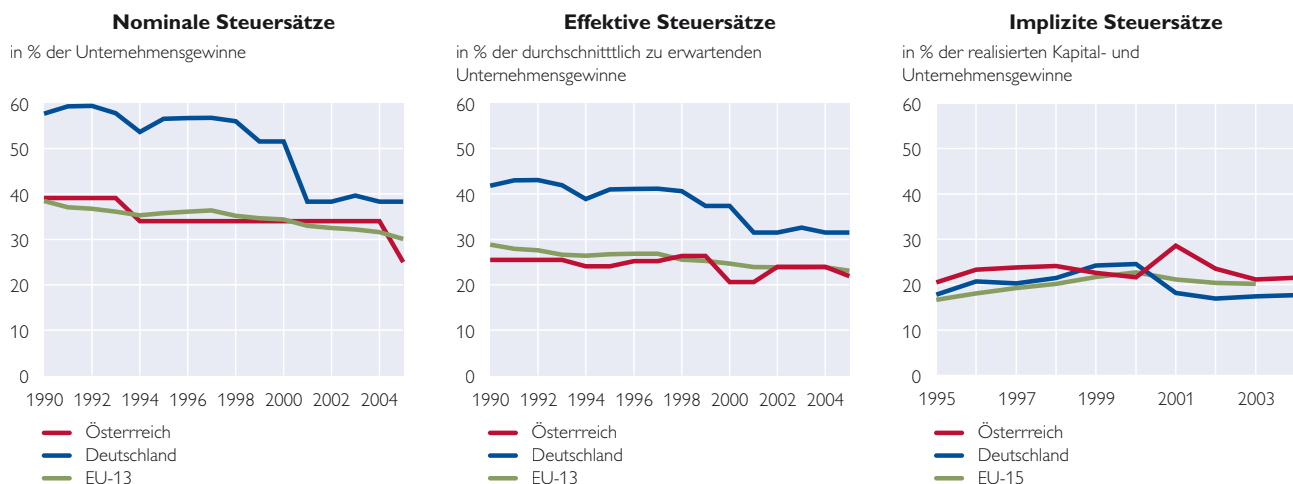
¹ Teilweise werden tatsächlich geleistete Steuerzahlungen auch mit dem Begriff vergangenheitsorientierte effektive Steuersätze beschrieben (Breuss und Schratzenstaller, 2004).

Der *nominale* Durchschnittssteuersatz auf Unternehmensgewinne ist in Deutschland merklich höher als in Österreich, wobei der in beiden Ländern seit 1990 beobachtete Rückgang dieses Steuersatzes in Deutschland deutlich stärker ausgefallen ist. Durch

die im Jahr 2001 wirksam gewordene Steuerreform 2000 wurde in Deutschland der Körperschaftsteuersatz auf 25% reduziert. In Österreich fand 2005 im Rahmen der zweiten Etappe der Steuerreform 2004/05 eine Reduktion von 34% auf ebenfalls 25%

Grafik 17

Konvergenz im Unternehmenssteuerwettbewerb



Quelle: IFS, Europäische Kommission (2006).

statt. Gleichzeitig wurde die Gruppenbesteuerung mit entsprechenden Verlustverrechnungsmöglichkeiten eingeführt. Differenzen im nominalen Unternehmenssteuersatz der beiden Länder ergeben sich seit 2005 nur mehr aufgrund unterschiedlicher Gewerbesteuern. Der nominale Durchschnittssteuersatz in Österreich liegt damit leicht unter dem Durchschnitt der EU-13 (= EU-15 ohne Luxemburg und Dänemark), während jener Deutschlands trotz einer erheblichen Verringerung im Jahr 2001 immer noch deutlich über dem Durchschnitt liegt (Grafik 17).

Auch der *effektive* Durchschnittssteuersatz auf Unternehmensgewinne ist in beiden Ländern seit 1990 deutlich gefallen. Zwischen 1990 und 2005 sank er in Deutschland von 42 % auf 32 %, während er sich in Österreich von 25 % auf 22 % reduzierte. Die Senkung des nominalen Körperschaftsteuersatzes in Österreich im Jahr 2005 wurde von einer Verbreiterung der KöSt-Bemessungsgrundlage begleitet, wodurch die effektive Körperschaftsteuerbelastung nur um 2 Prozentpunkte auf 22 % gefallen ist. Langfristig betrachtet liegt der effektive Steuersatz in Österreich in etwa im Durchschnitt der EU-13 und sinkt im Zeitablauf ebenso wie dieser leicht. Der effektive Steuersatz in Deutschland sinkt zwar etwas schneller als in Österreich, liegt aber noch deutlich über dem österreichischen Niveau.

Ein Vergleich der *impliziten* Durchschnittssteuersätze zeigt hingegen eine stärkere Belastung der österreichischen Unternehmen durch die Unternehmensbesteuerung.²⁸ Die Europäische Kommission (2007) nennt als Ursachen für die trotz hoher nomineller Sätze niedrigen Erträge in Deutschland die enge Bemessungsgrundlage sowie das Verschieben von Unternehmensgewinnen ins Ausland.²⁹ Jarass (2005) führt neben den Steuersatzsenkungen noch die Steuerfreiheit von Beteiligungsveräußerungen und von Veräußerungsgewinnen sowie die Vielzahl der Möglichkeiten an, Erträge unversteuert als stille Reserve im Unternehmen zu belassen und ins EU-Ausland zu transferieren.

Der Vergleich der nominalen, effektiven und impliziten Steuersätze ergibt somit kein eindeutiges Bild hinsichtlich eines möglichen österreichischen Standortvorteils. Es ist auch fraglich, inwieweit sich der – je nach betrachtetem Steuersatz unterschiedliche – Vorteil bzw. Nachteil tatsächlich in einer signifikanten Anzahl von Betriebsansiedelungen bzw. ausländischen Direktinvestitionen niederschlägt. Breuss und Schratzenstaller (2004) schätzen, dass die KöSt-Senkung 2005 in Österreich mittel- bis langfristig zu einer Erhöhung der Bruttoanlageinvestitionen im Bereich von 2 % bis 12 % führen könnte. Da der nominale Körperschaftsteuersatz in Deutschland im Jahr 2008 von derzeit 38 % auf 29 % sinken wird,³⁰

²⁸ Die Spitze im Jahr 2001 in Österreich ist auf hohe KöSt-Vorauszahlungen zurückzuführen, da in diesem Jahr die Verzinsung von Steuerrückständen eingeführt wurde.

²⁹ Dieser Effekt (höhere Steuererträge bei niedrigeren Steuersätzen) wird von Büttner et. al. (2006) auch als „größere Steuereffizienz“ des österreichischen Steuersystems bezeichnet.

³⁰ Weiters wird die Steuerbasis ausgeweitet und das Verschieben von Gewinnen ins Ausland erschwert. Damit wird der Einkommensausfall durch die Steuersatzsenkung teilweise kompensiert. Die Europäische Kommission (2007) rechnet jedoch damit, dass der implizite Steuersatz durch die Reform sinken wird.

dürfte sich die relative Position Österreichs im Verhältnis zu Deutschland allerdings in Zukunft wieder verschlechtern.

10 Zusammenfassung und Ausblick

Ein großer Teil der Wachstumsunterschiede zwischen Österreich und Deutschland lässt sich durch einmalige historische Ereignisse mit weitreichenden Konsequenzen erklären. Einerseits bremste die *deutsche Wiedervereinigung* das gesamtdeutsche Wachstum. Ursachen waren der Stillstand des ostdeutschen Aufholprozesses in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre, die Transferbelastungen in Westdeutschland sowie die (auch die westdeutschen Länder erfassende) Baukrise nach dem Wiedervereinigungsboom. Andererseits profitierte Österreich stärker als Deutschland von den *europäischen Integrationsschritten* in den Neunzigerjahren. Österreich konnte aufgrund der *kleinen Landesgröße* und relativ kleinen Unternehmensgrößen auch den Herausforderungen durch die Globalisierung besser begegnen. Die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes, der EU-Beitritt Österreichs, der Beitritt zur WWU sowie die EU-Erweiterung trugen wesentlich zu einer Verbesserung der ökonomischen Situation Österreichs bei. Deutschland verlor durch die Integration hingegen einen Teil seines Heimmarkt Vorteils. Zusätzlich war Deutschland von der globalen Rezession nach der Jahrtausendwende durch den gleichzeitigen Einbruch der Inlandsnachfrage stärker betroffen als Österreich. Die Lohnsumme geht in Deutschland seit dem Jahr 2002 aufgrund eines deutlichen Rückgangs des Beschäftigungsvolumens sogar zurück.

Die Effekte der anderen untersuchten Politikbereiche auf das Wachstumsdifferenzial treten demgegenüber in den Hintergrund. Die WWU führte zu einer *Konvergenz* des *Zinsniveaus* im Euroraum. Deutschland (wie auch Österreich) verlor dadurch zwar seinen relativen Realzinsvorteil und gehört jetzt zu den Ländern mit den höchsten Realzinsen im Euroraum, profitierte aber auch vom sinkenden nominellen Zinsniveau. Auch Unterschiede in der *Fiskalpolitik* bieten nur einen relativ geringen Erklärungsgehalt für die Wachstumsdifferenzen. Die Fiskalpolitik war in den Neunzigerjahren sowohl in Österreich als auch in Deutschland vorwiegend restriktiv ausgerichtet. Die Steuerreform 2000 in Deutschland brachte trotz eines hohen Entlastungsvolumens kaum realwirtschaftliche Effekte. In Österreich war die Ausrichtung der Fiskalpolitik seit dem Jahr 2002 expansiv. In beiden Ländern kam es ab 1995 durch sinkende relative *Lohnstückkosten* zu einer deutlichen Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt zwar Argumente für ein besseres Funktionieren des österreichischen *Arbeitsmarktes* (weniger strenger Kündigungsschutz, besser koordinierter und produktivitätsorientierter Lohnbildungsprozess, effizientere Arbeitsmarktinstitutionen), für daraus abgeleitete Wachstumsunterschiede fehlt allerdings der Beleg. Das gleiche gilt für Unterschiede in der *Unternehmensbesteuerung*. Zudem kann erwartet werden, dass sich die Wirkungen der deutschen Arbeitsmarktreform erst mit zeitlicher Verzögerung in vollem Umfang einstellen werden.

Der derzeitige Wachstumsvorsprung Österreichs basiert daher im

Wesentlichen auf einer Folge von asymmetrisch wirkenden einmaligen Schocks. Diese führten zu einmaligen Niveaueffekten, nicht aber zu einer dauerhaften Erhöhung des Potenzialwachstums. Mit dem Auslaufen dieser Effekte ist nicht zu erwarten, dass der Wachstumsvorsprung in Zukunft anhält.

Für die österreichische Wirtschaftspolitik bedeutet das, dass die Reformerfordernisse angesichts der künftigen Herausforderungen (wie Be-

völkerungsalterung, Globalisierung, sinkendes Produktivitätswachstum) nicht durch den Verweis auf das im Vergleich zu Deutschland bessere Wachstum verschleppt werden sollten. Im Gegenteil, aufgrund der langen Wirkungsverzögerungen entsprechender wirtschaftspolitischer Maßnahmen sollte deren rasche und konsequente Umsetzung vorangetrieben werden, um den Wohlstand in Österreich auch langfristig abzusichern.

Literaturverzeichnis

- Alesina, A., E. Spolaore und R. Wacziarg. 2005.** Trade, Growth and the Size of Countries. In: Aghion, P. und S. N. Durlauf (Hrsg.). Handbook of Economic Growth. Amsterdam: Elsevier. 1499–1542.
- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute. 2001.** Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2001. München.
- Badinger, H. und F. Breuss. 2006.** Country Size and the Gains from Trade Block Enlargement: An Empirical Assessment for the European Community. In: Review of International Economics 14(4). 615–631.
- Bibow, J. 2004.** Für eine Kehrtwende von der Spar- zur Wachstumsorientierung. Nominales BIP-Ziel als Strategie der Makrowirtschaftspolitik in der Wirtschafts- und Währungsunion. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 73. 445–459.
- Bohley, P. 2004.** Euro: eine Bremse für das deutsche und europäische Wirtschaftswachstum? In: Wirtschaftsdienst 9/2004. 568–575.
- Bonin, H. 2004.** Lockerung des Kündigungsschutzes: Ein Weg zu mehr Beschäftigung? Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. IZA Discussion Paper 1106.
- Breuss, F. und M. Schratzenstaller. 2004.** Unternehmenssteuerwettbewerb und internationale Direktinvestitionen. Ein einführender Literaturüberblick anlässlich der österreichischen Körperschaftsteuerreform. In: WIFO-Monatsberichte 8/2004. 645–653.
- Breuss, F. 2006a.** Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, Euro-Teilnahme und EU-Erweiterung. Wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich. WIFO Working Papers 270/2006.
- Breuss, F. 2006b.** Warum wächst die Wirtschaft in Österreich rascher als in Deutschland? WIFO Working Papers 280/2006.
- Buch, C. M. und J. Kleinert. 2006.** Who Goes East? The Impact of Enlargement on the Patterns of Specialisation and Investment. Universität Tübingen. Mimeo.
- Büttner, T., P. Egger, H. Hofmann, C. Holzner, M. Larch, V. Meier, C. W. Nam, R. Osterkamp, R. Pasche und M. Werding. 2006.** Tu felix Austria: Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Österreich und Deutschland im Vergleich. ifo Forschungsbericht 3/2006.
- Caliendo, M. und V. Steiner. 2006.** Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik – Deutschland nach der Hartz-Reform im internationalen Vergleich. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 75(3). 5–8.

- Calmfors, L. und J. Driffill. 1988.** Bargaining Structure, Corporatism and Macroeconomic Performance. In: *Economic Policy* 6. 13–61.
- Casella, A. 1996.** Large Countries, Small Countries and the Enlargement of Trade Blocs. In: *European Economic Review* 40. 389–415.
- Cusmano, L., M. L. Mancusi und A. Morrison. 2006.** Globalisation of Production and Innovation: How Outsourcing is Reshaping an Advanced Manufacturing Area. CESPRI Working Paper 194.
- DESTATIS. 2004.** Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Input-Output-Rechnung. Importabhängigkeit der deutschen Exporte. 1991, 1995, 1998 bis 2000 und 2002. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Devereux, M. P., R. Griffith und A. Klemm. 2002.** Corporate Income Tax Reforms and International Tax Competition. In: *Economic Policy* 35. 451–495.
- Devereux, M. P. und R. Griffith. 2003.** Evaluating Tax Policy for Location Decisions. In: *International Tax and Public Finance* 10. 107–126.
- Egger, P., M. Pfaffermayr und Y. Wolfmayr. 2001.** The International Fragmentation of the Value Added Chain. The Effects of Outsourcing to Eastern Europe on Productivity, Employment and Wages in Austrian Manufacturing. WIFO-Studie.
- Europäische Kommission. 2002.** Germany's Growth Performance in the 1990s. Brüssel.
- Europäische Kommission. 2006.** Aufteilung der EU-Ausgaben 2005 nach Mitgliedstaaten. Brüssel.
http://ec.europa.eu/budget/documents/revenue_expenditure_de.htm
- Europäische Kommission. 2006.** Structures of the Taxation Systems in the European Union: 1995–2004. Brüssel.
- Europäische Kommission. 2007.** Country Study: Raising Germany's Growth Potential. Brüssel.
- Falk, M. und Y. Wolfmayr. 2005.** Employment Effects of Outsourcing to Low Wage Countries. WIFO Working Papers 262/2005.
- Gnan, E., J. Janger und J. Scharler. 2004.** Ursachen des langfristigen Wachstums in Österreich – Plädoyer für eine nationale Wachstumsstrategie. *Geldpolitik & Wirtschaft* Q1/04. OeNB. 25–49.
- Grohmann, J. 2006.** Das Ösi-Phänomen. Was die Österreicher so erfolgreich macht. Wien: Molden.
- Groningen Growth and Development Centre (GGDC). 2005.** Total Economy Growth Accounting Database. www.ggdc.net
- Grossman, G. M. und E. Helpman. 1994.** Endogenous Innovations and the Theory of Growth. In: *Journal of Economic Perspectives* 8. 23–44.
- Guger, A. 2006.** 2005 internationale Lohnstückkosten unverändert. In: WIFO-Monatsberichte 9/2006. 655–663.
- Horn, G. A., U. Fritsche und W. Scheremet. 2000.** Die doppelte Währungsunion: Deutschland und Europa im wirtschaftlichen Integrationsprozess. Ein Rückblick und ein Vergleich. In: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 69. Jahrgang 2/2000. 163–177.
- IFS (The Institute for Fiscal Studies). 2006.** www.ifs.org.uk/data/ Stand 9. März 2006.
- Jarass, S. 2005.** Einheitliche Unternehmensbesteuerung: Gewerbesteuer ausbauen, Körperschaftsteuer senken. In: *Wirtschaftsdienst* 4/2005. 215–219.
- Kaltenborn, B., P. Knerr und J. Schiwarov. 2006.** Hartz: Bilanz der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. *Blickpunkt Arbeit und Wirtschaft* 12/2006.
- Kinoshita, Y. 1998.** Firm Size and Determinants of Foreign Direct Investment. Prag. Mimeo.

- Koman, R. und D. Marin. 1999.** Human Capital and Macroeconomic Growth: Austria and Germany 1960–1997. An Update. Discussion Paper 2005-04. Universität München.
- Lucas, R. E. Jr. 1988.** On the Mechanics of Economic Development. In: Journal of Monetary Economy 22(1). 3–42.
- Marin, D. 2006.** A New International Division of Labor in Europe: Outsourcing and Offshoring to Eastern Europe. In: Journal of the European Economic Association 4(2–3). 612–622.
- Mongelli, F. P. und J. L. Vega. 2006.** What Effects is EMU Having on the Euro Area and its Member Countries? An Overview. EZB Working Paper 599.
- OECD. 2004.** OECD Employment Outlook. Paris: OECD.
- OECD. 2005.** Taxing Wages. Special Feature: Part-Time Work and Taxing Wages 2004/2005. Paris: OECD.
- Peneder, M., M. Falk, W. Hölzl, S. Kaniovski und K. Kratena. 2006.** WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Teilstudie 3: Wachstum, Strukturwandel und Produktivität. Disaggregierte Wachstumsbeiträge für Österreich von 1990 bis 2004.
- Pollan, W. 2004a.** Zur Frage der Lohnführerschaft in Österreich. In: WIFO-Monatsberichte 3/2004. 197–211.
- Pollan, W. 2004b.** Austrian Exceptionalism Labour Market Institutions and Wage Disparity. WIFO-Studie.
[www.wifo.ac.at/wwa/servlet/wwa.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2004_EXCEPTIONALISM\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/wwa/servlet/wwa.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2004_EXCEPTIONALISM$.PDF)
- Romer, P. M. 1990.** Endogenous Technological Change. In : Journal of Political Economy 98. 71–102.
- Sachverständigenrat. 2004.** Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004/05. Wiesbaden.
- Schulmeister, S. 2004.** Zur unterschiedlichen Wachstumsdynamik in den USA, in Deutschland und im übrigen Euro-Raum. In: WIFO-Monatsberichte 2/2004. 119–137.
- Sesselmeier, W., G. Simaggio und A. Yollu. 2006.** Mögliche Implikationen der gegenwärtigen Arbeitsmarktreformen für die zukünftige Entwicklung der Arbeitslosenversicherung. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Landau: Hans-Böckler-Stiftung.
- Sinn, H.-W. 2000.** Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung – Ein Kommentar zur Lage der neuen Länder. In: ifo Schnelldienst 26–27/2000. 10–22.
- Sinn, H.-W. 2001.** Ist Deutschland noch zu retten? München/Berlin: Ullstein.
- Sinn, H.-W. 2005.** Basar-Ökonomie Deutschland. Exportweltmeister oder Schlusslicht? In: ifo Schnelldienst 6/2005.
- Statistisches Bundesamt. 2006.** Importabhängigkeit der Konsumausgaben privater Haushalte 2002. IIC/38141100-4. Analyse auf der Grundlage der Fachserie 18. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Reihe 2. Input-Output-Rechnung 2002.
- Statistik Austria, 2004.** Input-Output-Tabelle 2000. Wien: Statistik Austria.
- Wahl, S. 2004.** Erfolgsmodell oder Mittelmaß? Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung in Österreich. IWG Impulse. Dezember.
- Wahl, S. und M. Schulte. 2005.** Arbeitslosigkeit abbauen – von Besseren lernen! Hintergründe der Beschäftigungsunterschiede in Deutschland, Österreich und der Schweiz. München: Olzog.